

Kritik des Anti-Faschismus der SED

Harry Waibel

Inhaltsverzeichnis	Seite
Vorwort.....	2
Einleitung.....	3
Teil I	
Neo-Faschismus im deutschen Staatssozialismus.....	5
Anti-Semitismus und Anti-Zionismus in der DDR.....	11
Institutioneller Anti-Semitismus.....	12
Gesellschaftlicher Anti-Semitismus.....	14
Anti-zionistische Politik nach Innen und Außen.....	18
Rassismus in der DDR.....	19
Institutioneller Rassismus.....	20
Gesellschaftlicher Rassismus	21
Teil II	
Der kommunistische Anti-Faschismus.....	25
Kritik des Anti-Faschismus.....	30
Militarisierung der Gesellschaft.....	36
Chauvinistischer Nationalismus.....	39
„Das hat es bei uns nicht gegeben!“.....	41
Schluss oder „Wie geht es weiter?“.....	44
Literaturverzeichnis.....	50

Vorwort

Die hier zu Grunde liegenden Erkenntnisse stammen aus meiner geschichtswissenschaftlichen Arbeit über neo-faschistische, rassistische und anti-semitische Vorfälle in der DDR und sie bilden, obwohl es sich hier nur um die „Spitze des Eisbergs“ handelt, die empirische Basis der Kritik des Anti-Faschismus der SED.¹ Dies ist deshalb von Bedeutung, weil die Kritik am Neo-Faschismus in der DDR, eine ausführliche empirische Grundlage hat vermissen lassen und den orthodoxen Verteidigern der DDR konnte es so gelingen, die historischen Fakten immer wieder zu verdrängen. Durch die Aufhebung der allgemein üblichen 30-Jahres-Frist für die Benutzung von Archivalien war es möglich diesen Teil der Geschichte der DDR zeitnah zu beschreiben. Die Quellenmaterialien stammen im Wesentlichen aus dem Jugendarchiv (JA) der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) und aus dem Zentralen Parteiarchiv (ZPA) der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED), die mittlerweile im Bundes-Archiv (BArch) in Berlin-Lichterfelde (Abteilung DDR, Stiftung Archive Parteien Massenorganisationen, SAPMO) wieder zu finden sind. Die Erkenntnisse sind gewonnen aus „Hausmitteilungen“ und „Berichten“ verschiedener Abteilungen des ZK der SED sowie aus „Informationen“ von SED-Bezirks- und Kreisleitungen, von Grundorganisationen der SED, aus „Monatlichen Persönlichen Informationen“, einem intimen Kommunikationsstrang der Bezirkssekretäre an den Ersten Sekretär der FDJ in Berlin, aus „Informationen über Feindtätigkeiten“ verschiedener Abteilungen der FDJ-Zentrale in Berlin (DDR) und aus Meldungen über „Besondere Vorkommnisse“ von FDJ-Bezirks- und Kreisleitungen. Relevant sind hier weiter „Informationen“ aus verschiedenen Bereichen der Volkspolizei, des Ministeriums für Staatssicherheit und anderer Ministerien. Diese internen Nachrichten über neo-faschistische, rassistische und anti-semitische Vorfälle sind jahrzehntelang als „Streng Geheim“, „Geheime Vertrauliche Verschlusssache“ (GVS), „Vertrauliche Verschlusssache“ (VVS) oder „Nur für den Dienstgebrauch“ (NfD) klassifiziert und archiviert worden. Diese strenge Geheimhaltung ist die wichtigste Ursache dafür, dass es zu dieser Thematik über einen langen Zeitraum kein politisches oder historisches Bewusstsein geben konnte. Auf Grund der hier ausgebreiteten Tatsachen über die Geschichte des Neo-Faschismus in Ost-Deutschland, ist eine Kritik am Anti-Faschismus der SED notwendig geworden, weil die zutage geförderten historischen Tatsachen, wissenschaftlicher Erklärungen bedürfen. Diese Kritik ist auch deshalb unumgänglich geworden, weil es hier darum geht, die Dimension einer individuellen oder kollektiven Selbstkritik, als elementarer Bestandteil einer wissenschaftlichen und publizistischen Be-

¹ Waibel 1996, S. 25-157.

schäftigung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung, zu verstärken oder falls nötig zu implementieren.

Einleitung

Die SED hat einen Anti-Faschismus etabliert, der als gewichtige Legitimation für den Staat und die Gesellschaft der DDR anzusehen ist. Dieser Anti-Faschismus jedoch, und das ist der Ausgangspunkt für diese Kritik, war „blind“ gegenüber einem neo-faschistischen Phänomen, das sich in der DDR, aber nicht nur dort, zu einem immer größer werdenden Problem entwickelte. Neo-Faschismus ist Ausdruck einer komplexen Ideologie zur Propagierung und Durchsetzung inhumaner und undemokratischer Ziele und seine wesentlichen ideologischen Säulen sind Autoritarismus, Rassismus und Anti-Semitismus und er erschließt sich über einen historischen und theoretischen Rekurs auf die Entstehung und Entwicklung faschistischer Regimes, wie z. B. in Deutschland, Italien oder Spanien nach dem Ersten Weltkrieg. Die Befreiung Deutschlands vom Hitler-Faschismus war zugleich das Ende der führenden Organisation des deutschen Faschismus: der NSDAP und ihrer zahlreichen Unterorganisationen, die von Millionen deutscher Frauen und Männer getragen wurden. Hier waren die inhumanen und anti-demokratischen Potentiale Deutschlands zusammengefasst und zu tragenden politischen, militärischen und ideologischen Säulen des nationalsozialistischen Machtapparates geformt und eingesetzt worden. Seit der militärischen Zerschlagung des nationalsozialistischen Deutschlands durch die Anti-Hitler-Koalition, ist Neo-Faschismus, in latenter oder manifester Form, ein Teil der politischen und sozialen Realität in beiden deutschen Gesellschaften. Das Nachkriegsziel der deutschen Faschisten war die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands: „Nur mit der Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands kann die Fesselung unseres Volkes an die ungerechten, unsozialen und unfreien Gesellschaftsordnungen beider Seiten gelöst werden. Im Prinzip ist es vollkommen gleich, ob diese Fesseln westlicher, großkapitalistischer oder östlicher, staatskapitalistischer Art sind ... Die Übernahme dogmatischer sozialistischer oder kapitalistischer Normen und Modelle muß abgelehnt werden. Der nackte Materialismus, der sich im westlichen Kapitalismus und im östlichen Marxismus offenbart, gebiert zwangsweise undemokratische Machtzentren ... Wir fordern eine klare deutsche Interessenvertretung unter Überwindung des Gezänks der Nutznießer der deutschen Spaltung“.² Diese, in Zirkeln rechter Intellektueller entwickelte Programmatik, konnte, unter den obwaltenden gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen, nur in der Bundesrepublik und eben nicht in der DDR entstehen. Es handelte sich hier um einen Ausdruck der arbeitsteiligen Vorgehensweise,

² Zit. nach Opitz, S. 419.

die von den alten Faschisten im geteilten Deutschland entwickelt worden war. Ihre intellektuellen und organisatorischen Aktivitäten hat R. Opitz in seiner aussagekräftigen Studie über den „Neofaschismus in der Bundesrepublik“ beschrieben. Detailliert (bis Mitte der 1980er Jahre) zeigt er auf, wie es den unbelehrbaren ehemaligen SS- und NS-Führer in West-Deutschland gelingen konnte, ihre politischen und organisatorischen Erfahrungen auf die folgende Generation zu übertragen. M. Kühnen (1955-1991) damals einer der bekanntesten deutschen Neo-Nazis, bei ihm vereinten sich Intellektualität und Engagement, war der Anführer der jungen Faschisten, die, nach dem Vorbild der paramilitärischen „Sturmabteilung“ (SA) der NSDAP, ihren Kampf auf die Straße verlagerten. Mit der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF) und der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS) verfügte die Neo-Faschisten, bis zum Tod von M. Kühnen 1991, über eine straffe organisierte Kaderorganisation, die einerseits Kontakte zu den alt gewordenen ehemaligen SS- oder NSDAP-Funktionären ermöglichten und mit der andererseits die vielfältigen internationalen Beziehungen koordiniert werden konnten. Neben den verschiedenen politischen Organisationen (z. B. NPD, DVU, FAP) arbeiten, meistens verbunden durch ideologische oder personale Überschneidungen, pseudowissenschaftliche und publizistische Verlage und Vereine, die das intellektuelle Geschäft der Neuen Rechten bis heute betreiben.³ Dieses, in jahrzehntelangen Kämpfen durchgesetzte, offene Bekenntnis für eine faschistische Option hatte Folgen für das Selbstbewusstsein der neo-faschistischen Führer insgesamt und markiert die Stelle, an der sich west-deutsche Neo-Faschisten von ihren „Kameraden“ im Osten fundamental unterscheiden. Den Widerpart bilden die ost-deutschen Neo-Faschisten, die, geübt in jahrelanger Subversion, in paramilitärischen Organisationen (z. B. FDJ-Ordnungsgruppen, GST) zu disziplinierten Kämpfern ausgebildet worden sind. Alte, und besonders unbelehrbare Faschisten, die es zuhauf in der DDR gegeben hat, waren dort anderen, repressiveren Verhältnissen ausgesetzt, denen sie sich entweder anzupassen hatten und die sie für ihre Zwecke benutzen konnten. So boten ihnen die Militarisierung der Gesellschaft, der chauvinistische Nationalismus und die als Anti-Zionismus ausgegebenen anti-semitischen Ideologie, vielfältige, offene und untergründige Möglichkeiten der ideologischen Durchdringung der ost-deutschen Öffentlichkeit mit ihrem, auf die Aufhebung der Nachkriegsordnung gerichteten, subversiven Revisionismus. Über Neo-Faschisten und deren mögliche Aktivitäten in der DDR gab es bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft keine gesicherten Informationen, weil die SED beinahe lückenlos dafür gesorgt hat, dass Informationen über neo-faschistische Vorgänge nicht nur vor ihrer eigenen Bevölkerung, sondern eben auch vor ausländischen Beobachtern geheim gehalten wur-

³ Vgl. ID-Archiv im ISSG (HG).

den. Allein ostdeutsche Neo-Faschisten, die als politische Häftlinge von der Bundesregierung „freigekauft“ worden waren und die im Westen ihre bereits in der DDR entwickelte neo-faschistische Einstellungen sichtbar machten, ließen bereits ab Ende der 1960er Jahre darauf schließen, dass diese Problematik in der DDR existierte (z. B. W. A. Priem, Gebrüder Hübner, R. Sonntag, A. Heinzmann, u.v.a.m.).⁴ Dazu kommen Aussagen von evangelischen Theologen wie Albrecht Schönherr und Ludwig Große, die beide (1978) öffentlich vor der neo-faschistischen Entwicklung in der DDR gewarnt hatten.⁵ Entgegen der kolportierten Meinung, Neo-Faschismus habe es erst ab den 1980er Jahren gegeben, muss klar und deutlich gesagt werden, neo-faschistische Ereignisse hat es in der DDR von 1950 bis 1990 gegeben.⁶ Dabei handelt es sich im Wesentlichen, in schriftlicher und mündlicher Form, um die propagandistische Verherrlichung des nationalsozialistischen Groß-Deutschlands und der faschistischen Partei-, SS- und Wehrmachtsführer. Die vorwiegend männlichen Akteure sind, entweder als individuelle Täter oder in lokalen Gruppen, auf allen gesellschaftlichen Ebenen, z. B. in den meisten Schulformen (Polytechnische Ober-, Erweiterte Ober-, Hoch-, Fach- und Berufsschulen) und in den bewaffneten Kräften zu finden. Betroffen davon sind Städte und Gemeinden in allen Bezirken des Landes. Zu diesen Neo-Faschisten gesellten sich ab Ende der 1970er Jahre neo-faschistische Skinheads und sie strukturierten, durch ihre in der Öffentlichkeit demonstrativ gezeigte Uniformierung (Glatze, Stiefel, usw.) die Szene. Zu ihnen stießen, ebenfalls ab Ende der 1970er Jahre gewaltbereite Fußball-Anhänger, so genannte Hooligans, die, zusammen mit den Skinheads, eine Kraft entwickelten hatten, dass sie sich mit Einheiten der Volkspolizei gewalttätige Straßenschlachten liefern konnten.

Teil I

Neo-Faschismus im deutschen Staatssozialismus

Neo-Faschismus war, in Verbindung mit anti-semitischen und rassistischen Ereignissen, seit den 1950er Jahre, Teil der sozialen und politischen Realität in der DDR. Es gab unzählige, anonym angebrachte Hakenkreuze, SS-Runen und sonstige faschistische Symbole an Häuserwänden, auf Straßen und in öffentlichen Gebäuden und dazu kommen manifeste Aggressionen, die durch neo-faschistische Gruppen oder Individuen stattgefunden haben. Im Folgenden werde ich einige, ausgesuchte Beispiele in der nötigen Kürze beschreiben, um eine Vorstellung über den Ablauf solcher Geschehnisse zu ermöglichen. So wurde Ende der 1950er

⁴ Vgl. ID-Archiv, S. 75 - 110.

⁵ *Die Zeit*, 29.09.1978.

⁶ Waibel, 1996, S. 25 - 157.

Jahren in Beeskow, Bezirk Frankfurt/Oder, eine neo-faschistische Gruppe entdeckt, deren Vorbild die SS war. Gegen insgesamt 13 Personen, unter ihnen auch Mitglieder der FDJ, wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet.⁷ Zur selben Zeit wurde in Ballenstedt, Kreis Quedlinburg, Bezirk Magdeburg, gegen 25 Jugendliche Ermittlungsverfahren eingeleitet, weil sie mit „Terrorhandlungen“ gegen Partei- und Staatsfunktionäre vorgegangen waren.⁸ Schwerpunkte weiterer solcher „Banden“ waren im Bezirk Erfurt die Kreise Erfurt, Weimar, Arnstadt, Mühlhausen, Heiligenstadt und Gotha. In Hohenmölsen, Bezirk Halle, kam es, ebenfalls Ende 1959, zu „provokatorischen Zusammenrottungen und zu Krawallen.“⁹ Anfang 1960 waren über 40 Neo-Faschisten im Untersuchungsgefängnis in Berlin Hohenschönhausen inhaftiert worden, weil sie in Potsdam-Nedlitz an einer „rechtsradikale Untergrundbewegung“ beteiligt waren.¹⁰ Ende des Jahres 1960 wurde in einem Kinderheim in Bad Blankenburg, Bezirk Gera, eine neo-faschistische „Bande“ mit neun Jugendlichen aufgedeckt, die Mitgliedsausweise und Armbinden mit Hakenkreuzen mit sich trugen.¹¹ In Dessau, Bezirk Halle, sangen im November 1961 zwölf Lehrlinge, auf dem Weg vom Sportplatz zum Betrieb mehrere faschistische Lieder.¹² Die Nachrichten über die Häufung faschistischer Gruppen führte die Zentrale der FDJ dazu, besonders in den betroffenen Bezirken und Kreisen, den Aufbau und den Einsatz von Ordnungsgruppen einzuleiten.¹³ In Wahren-Müritz und in Anklam, Bezirk Neubrandenburg, wurde Anfang 1962 eine neo-faschistische Bande mit vier Jugendlichen aufgedeckt, die seit mehreren Jahren bereits existierte.¹⁴ In Heiligenstadt, Bezirk Erfurt, wurde eine neo-faschistische Gruppe aufgedeckt, die in der Öffentlichkeit Hitler und die SS verherrlichten und die den Überfall der faschistischen Wehrmacht auf die Sowjet-Union für

⁷ SED Hausmitteilung der Abteilung Sicherheitsfragen an die Abteilung Jugendfragen vom 16.01.1960, IfGA, ZPA, IV 2/16/230.

⁸ Rapport Nr. 343 für die Zeit vom 10.12.1959 04.00 Uhr bis 11.12.1959 04.00 Uhr, Vertrauliche Dienstsache der DVP, Operativstab Berlin, den 10.12.1959, IfGA, ZPA, IV 2/16/230, S. 5. Weitere Beispiele zur „Bandentätigkeit“, Abteilung Organisation-Instrukteure, Berlin, den 05.12.1959, IfGA, ZPA, IV 2/16/230, S. 4 und Rapport Nr. 345 der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei -Operativstab-, Vertrauliche Dienstsache, Berlin, 10.12.1959, S. 6.

⁹ Informationen über die Zunahme eines organisierten Rowdytums und Vorschläge zu dessen Überwindung, 07.12.1959, IfGA, ZPA, IV 2/16/230, S. 2 und SED Hausmitteilung der Abteilung Organisation an die Arbeitsgruppe Jugendfragen vom 30.11.1959.

¹⁰ Kurzinformation 3/60 über Feindtätigkeit, FDJ Abteilung Organisation-Instrukteure, VVS I/13, Berlin, den 18.02.1960, JA, IZJ, A 3.725, S. 1-3.

¹¹ Der Generalstaatsanwalt der DDR an das ZK der SED, Abteilung Staats- und Rechtsfragen, Berlin, den 26.08.1961, IfGA, ZPA, IV f2/13/423, S. 2.

¹² Informationen über Feindtätigkeit und Besondere Vorkommnisse aus Berichten der Bezirksleitungen vom 23.11.1961, FDJ Abteilung Organisation-Instrukteure, Berlin, den 25.11.1961, JA, IZJ, A 3.726, S. 1-8.

¹³ Schreiben des Sekretariats des Zentralrates der FDJ an die Generalstaatsanwaltschaft, an die Hauptverwaltung der Volkspolizei, an das Ministerium für Volksbildung und an das Ministerium des Innern, IfGA, ZPA, IV 2/16/230.

¹⁴ Information über Feindtätigkeit, FDJ Abteilung Organisation-Instrukteure, VVS I/13, Berlin, 30.01.1962, JA, IZJ, A 3.726, S. 1.

gerechtfertigt hielten.¹⁵ An der Kinder- und Jugendsportschule Güstrow, Bezirk Schwerin, wurde eine fünfköpfige „faschistische Bande“, Mitglieder der FDJ, aufgedeckt, die Hitler, Goebbels, Göring und die faschistische Wehrmacht verehrten.¹⁶ In Lichtenberg, einem Berliner Bezirk, wurden 1966 zwei neo-faschistische Gruppen entdeckt, die als Vorläufer für die in den 1980er Jahren entstandenen Gruppen im Berliner Bezirk Lichtenberg angesehen werden. Die meisten Väter der neo-faschistischen Schüler waren Offiziere der NVA und der DVP.¹⁷ Neo-faschistische Skinheads und Hooligans des Fußballvereins BFC Dynamo gründeten 1986 die Gruppe „Lichtenberger Front“ und 1988 die Gruppe „Bewegung 30. Januar“. Einer der Neo-Faschisten, der zu dieser Zeit und nach der „Wende“ aktiv war, war Ingo Hasselbach. Er hatte 1987, anlässlich eines Freundschaftsfests für sowjetische Soldaten, gerufen: „Die Mauer muss weg!“ und war dafür zu einer 1-jährigen Haftstrafe verurteilt worden.¹⁸

Die Entwicklung der Faschisierung in Berlin-Lichtenberg mündete in das Gebiet um die Weitlingstraße, in deren Umfeld bis in die Gegenwart hinein, gewalttätige Aktionen von Neo-Faschisten und Skinheads fest zu stellen sind. In den Anfängen meiner Forschungsarbeit hatte sich, auf Grund der bis dahin gewonnenen Erkenntnisse die Frage aufgedrängt, ob es nicht auch in den bewaffneten Kräften, der „Nationalen Volksarmee“ (NVA) oder der „Volkspolizei“ (VP), neo-faschistische Potentiale gegeben hat.¹⁹ Mittlerweile belegen Forschungsarbeiten die Existenz von Neo-Faschisten in der NVA, im MfS und in der Volks-Polizei. Von 1965 bis 1980 gab es in der NVA und in Einheiten des MfS über 700 neo-faschistische Ereignisse. Das reichte von faschistischen Schmierereien, über mündliche Hetze, Zeigen des Hitlergrußes, rassistischen Pöbeleien bis hin zu Gewalttaten. 44 % der Täter waren untere Dienstgrade, ebenfalls 44 % waren Unteroffiziere, Feldwebel und Fähnriche und 12 % waren Offiziere.²⁰ Mit diesen historischen Tatsachen war das neo-faschistische Phänomen nicht mehr zu reduzieren auf Aktionen von Kindern oder Jugendlichen, so wie es z. B. bei den Erörterungen über Schändungen jüdischer Friedhöfe oft der Fall war, und wo suggeriert wurde, gesellschaftspolitische Zusammenhänge wären hier nicht von Bedeutung. In der Auseinandersetzung um die Ausstellung „Das hat es bei uns nicht gegeben“ werden die neo-faschistischen Ereignisse in der DDR entweder geleugnet oder sie werden, in alter Manier, als Ausgeburten kindlicher oder jugendlicher Fehlentwicklung dargestellt. Gleich wie in West-Deutschland und gleich wie in den Jahren seit der Vereinigung der DDR mit der BRD, werden durch die vorwiegend

¹⁵ Analyse der Gruppentäterschaft vom 21.01.1965, JA, IZJ, E 4.125, S. II/13.

¹⁶ Aktennotiz zu den Vorkommnissen an der KJJ Güstrow, 1966, JA, IZJ, E 4.127, S. 1-3.

¹⁷ Vertrauliche Dienstsache vom 11.11.1966, JA IZJ, E 4.126 und Information über Besondere Vorkommnisse in Berlin, FDJ Abteilungen Wohngebiete, Jugend und Staat. Vertraulich, Berlin, den 11.11.1966, JA, IZJ, E 4.126.

¹⁸ Hasselbach/Bonengel, S. 2; S. 22.

¹⁹ Waibel 1996, S. 212.

²⁰ Eisenfeld, S. 224f; vgl. Madloch, S. 69f, S. 86, S. 96.

männlichen „Stiefelfaschisten“, z. B. rassistische Einstellungen sichtbar, wie sie in Familien und an Stammtischen, fern ab offizieller Sprachregelungen, gedacht und geäußert werden. Im Bezirk Dresden wurde 1966 bekannt, dass ca. 50 Jugendliche in 32 Schulen, verteilt über 12 Kreise, entweder als Einzelne oder in Gruppen an faschistischen „Provokationen“ beteiligt waren. Sie hatten faschistische Losungen oder Symbole verbreitet und gegen jüngere Schüler faschistische Terrormethoden angewandt.²¹ Nicht nur Schüler oder Lehrlinge traten als Neo-Faschisten in Erscheinung – auch an den Universitäten und Hochschulen wurden Sympathien für den Faschismus sichtbar. Eine studentische FDJ-Gruppe der Fakultät Bauwesen an der TU Dresden äußerte im Frühjahr 1968 Sympathien für die neo-faschistische NPD und für das Verbot der KPD in West-Deutschland.²² In Dömitz, Kreis Ludwigslust, Bezirk Schwerin, wurde eine neo-faschistische Gruppe aufgedeckt. Auch hier waren einige Väter Offiziere der NVA und der DVP oder sie waren leitende Mitarbeiter in örtlichen Organisationen der SED.²³ In Görlitz und in Dresden kam es 1975 bei Filmvorführungen zu neo-faschistischen Provokationen. Es wurde Beifall geklatscht, bei der Darstellung von A. Hitler, von Fahrzeugen der Wehrmacht oder bei Szenen in denen sowjetische Frauen gefoltert wurden. Anwesende Funktionäre und Pädagogen unternahmen nichts und eine namentliche Ermittlung der Täter war ihnen unmöglich.²⁴ Im Sommer 1977 wurden in zwei Kreisen, Bezirk Dresden, neo-faschistische Gruppen aufgedeckt, deren Mitglieder faschistische Symbole an der Kleidung trugen.²⁵ Im Bezirk Potsdam gab es 1977 ca. 40 Vorkommnisse bei denen Schüler und Mitglieder der FDJ aus Polytechnischen Oberschulen (POS) den Hitlergruß zeigten, faschistische und anti-semitische Texte verbreiteten. Am 20. April 1978 wurde an der Kinder- und Jugendsportschule in Karl-Marx-Stadt. von mindestens 10 Schülern und Mitgliedern der FDJ, Hitlers Geburtstag „gefeiert“.²⁶ Während eines Treffens der FDJ, Bezirk Magdeburg, im Sommer 1984 sangen 15 Jugendliche das verbotene „Deutschlandlied“ und dichteten Arbeiterlieder zu „antisozialistischen“ Zwecken um. Eine Ordnungsgruppe der FDJ wurde sofort eingesetzt, um die „Ordnung und Sicherheit“ wieder herzustellen.²⁷ Ein ähnlicher Vorfall geschah im Berliner Bezirk Mitte, wo in einer Gaststätte zwei Arbeiter und ein Soldat in Zivil,

²¹ Informationen über Besondere Vorkommnisse, FDJ Abteilungen Wohngebiete, Jugend und Staat, Vertraulich, Berlin, 11.11.1966, JA, IZJ, E 4.126, S. 1-3.

²² Information der FDJ Bezirksleitung Dresden und der FDJ Kreisleitung der TU Dresden vom 27.05.1968, JA, IZJ, E 6.152.

²³ Fakten und Tendenzen vom 27.09.1968, JA, IZJ, E 6.152.

²⁴ Information über Besondere Vorkommnisse unter der Jugend, im Zeitraum vom 01.10.1975 bis zum 30.11.1975, FDJ Abteilung Verbandsorgane, Vertraulich, Berlin, den 08.12.1975, JA, IZJ, A 9.636, S. 3-4 und Monatsbericht der FDJ Bezirksleitung Dresden, November 1975, JA, IZJ, A 9.215, S. 6.

²⁵ Persönliche Information, Monat Juni 1977, FDJ Bezirksleitung Dresden, 07.07.1977, JA, IZJ, A 9.300, S. 1f.

²⁶ Persönliche Information der FDJ Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt, 08.05.1978, JA, IZJ, A 9.625. Anlage.

²⁷ Sofortmeldung des Leiters des Bezirkszentrums Magdeburg über Besondere Vorkommnisse, 04.06.1984, JA, IZJ, A 10.819.

die erste Strophe des verbotenen Deutschlandliedes gesungen haben.²⁸ Im März 1987 wurde in Berlin-Marzahn ein Soldat der NVA von sechs Skinheads brutal zusammengeschlagen und im selben Monat drangen Skinheads in Berlin-Hellersdorf in einen Bungalow ein und verprügelten mehrere Jugendliche (Punks).²⁹ Im Frühjahr 1988 wurde in Dresden eine neo-faschistische Gruppe mit ca. 10 bis 15 Mitgliedern entdeckt, die mit einheitlicher Kleidung z. B. in Jugend-Klubs erschienen. Sie trugen braune Hemden, schwarze Krawatten und benutzten den Gruss „88“, der, gebildet aus dem achten Buchstaben des Alphabetes „H“, als Tarnung für den Gruß „Heil Hitler“ galt. Ebenfalls 1988 wurden in Oranienburg neun Skinheads verurteilt, weil sie Volkspolizisten tötlich angegriffen und einen Streifenwagen demoliert hatten. Monatelang waren sie bereits aufgefallen, weil sie in Gaststätten, Jugendklubs und Bahnhöfen randaliert und dabei „Sieg Heil“ und „Heil Hitler“ gegrölt, unbeteiligte Passanten überfallen und einige dabei schwer verletzt hatten.³⁰ Seit den 1980er Jahren entwickelten sich neo-faschistische Skinheads, mit ihrer Art und Weise der Uniformierung, mit extrem kurzen Haaren, meist vollkommen kahl rasiert und mit bestimmten Kleidungsstücken wie Stiefel und „Bomberjacken“, zu einer heterogenen, jugendlich dominierten Bewegung. Sie finden sich in den paramilitärisch organisierten Ordnungsgruppen der FDJ, in der ebenfalls paramilitärisch organisierten „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST) sowie in Sektionen des Kampfsports, wo sie auch Funktionen übernommen hatten. Sie gingen als Freiwillige zur NVA und zu Bereitschaftseinheiten der Volkspolizei (VP) und bevorzugten dort vorwiegend die elitären Bereiche für Aufklärer, Fallschirmspringer oder Kampfschwimmer.³¹ Anfang 1988, war die Spitze des MfS zur Überzeugung gelangt, Neo-Faschismus sei, in „Tendenzen und Äußerungen“, vorrangig zu bekämpfen und deshalb sollte die Arbeit der „Inoffiziellen Mitarbeiter“ (IM) in den Gruppen verstärkt werden und es sollten Maßnahmen eingeleitet werden zur „Umerziehung“ der Neo-Faschisten. Diese Taktik sollte so flexibel konzipiert sein, dass sie kurzfristig sowohl gegen Skinheads als auch gegen faschistoide Heavy-Metal-Anhänger einzusetzen war. Damit sollten die Sicherheitsorgane über eine effektive Handhabe verfügen, um diese Gruppierungen schnellstmöglich „zerschlagen“ zu können.³² Doch ein Jahr später, also 1989, waren in allen Bezirken Skinheads-Gruppen beobachtet worden, wobei insgesamt über tausend Skinheads und Sympathisanten in ca. 40 Gruppen gezählt worden waren. Mittlerweile waren die neo-faschistischen Skinheads zu einem Schwerpunkt in der „negativ-dekadenten“ Szene

²⁸ Fernschreiben des PDVP Berlin an das MdI und die BV des MfS, 04.06.1984, JA, IZJ, A 10.822.

²⁹ Ministerrat der DDR an das MfS, Stellvertreter des Ministers, an die BV für Staatssicherheit, Stellvertreter Operativ, VVS-o008, MfS-Nr. 14/88, 02.02.1988, Einschätzung der Hauptabteilung XX, S. 6-7.

³⁰ *Neues Deutschland* v. 12.05.1988, *Junge Welt* v. 12.05.1988, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, v. 13.05.1988, *Frankfurter Rundschau* v. 13.05.1988.

³¹ Madloch, S. 75ff.

³² Einschätzung der HA XX, VVS MfS o008-14/88, Berlin vom 02.02.1988, S. 3-11.

geworden und die Zahl der von ihnen begangenen Gewalttaten nahm zu. Im Gegensatz zu anderen Teilen der ost-deutschen Szene (Punks, New Romantics etc.) zeigten sich Skinheads als kompatibel zu mindestens zwei Bereichen der ost-deutschen Kultur: Positive Einstellungen zum Militärdienst und diszipliniertes Verhalten am Arbeitsplatz. Sie zeigten sich positiv zum Soldatentum und zum „Heldentum“ der Hitlerwehrmacht, verehrten Hitler, trugen nationalsozialistische Symbole und entsprechende Tätowierungen und äußerten sich rassistisch und revanchistisch.

Hooligans sind, als fanatische Zuschauer bei Fußballspielen, Teil der neo-faschistischen Szene in der DDR, und sie zeichnen sich aus in der bedingungslosen Identifikation mit „ihrem“ Verein und in der militanten Ablehnung und Bekämpfung von Hooligans aus auswärtigen Städten. Unter dem Einfluß neo-faschistischer Agitation und Propaganda entwickelten Hooligans ab den 1970er Jahren, mittlerweile in ganz Europa, lockere Organisationsformen mit offenen Bezügen zu neo-faschistischen Ideologien und Organisationen. Auch in der DDR existierte, ab den 1970er Jahren eine, später auch offiziell so bezeichnete, Hooligan-Szene mit gewaltorientierten Fußballanhängern in fast allen Standorten der Fußball-Oberliga. Anfang 1974 wurden die ersten gewaltbereiten Fußballfans registriert und, wie es in der DDR üblich war, im weiteren Kontext als politische Akteure eingestuft. Im Oktober 1977 kam es auf dem Alexanderplatz in Berlin (DDR) zu schweren Krawallen zwischen Hooligans und Einheiten der Volkspolizei, die mit Steinen beworfen worden waren. Einheiten der Volkspolizei hatten eingegriffen, weil „antisozialistische, partei- und staatsfeindliche“ Parolen und Sprechchöre gerufen wurden, wie „Ras twa tri – Russen werden wir nie – Nieder mit der Bullen-Elf“, die gegen die Sowjet-Union und den MfS nahen BFC Dynamo gerichtet waren. Die Ausschreitungen begannen nach einem Fußballspiel des 1. FC Union Berlin gegen den BFC Dynamo und sie gehören, was Ausmaß und Intensität betrifft, zu den gewichtigsten Straßenkämpfen in der DDR.³³ Die Bewegung der gewaltbereiten, neo-faschistisch politisierten Hooligans, hatte seit ihrem Beginn einen derartig großen Zulauf, und war deshalb, ebenso wie die anderen Zweige des Neo-Faschismus, in den 1980er Jahren für die politische Führung, nicht mehr zu beherrschen. So registrierte schließlich das MfS für die Fußball-Saison 1987/88 über 1.000 Ereignisse von Exzessen und Randalen mit Hooligans. Am 20. April 1990 zogen ca. 1.000 Neo-Faschisten, Skinheads und Hooligans nach einem Fußballspiel in Berlin (Ost) randalierend vom Stadion in Prenzlauer Berg zum Alexanderplatz und ins Nikolai Viertel und skandierten dabei „Happy Birthday, lieber Adolf!“. Am 30. November 1990, nach einem Fußballspiel in Leipzig, gab es eine Straßenschlacht zwischen ca. 500 ost-deutschen Hooligans mit

³³ SED Abtg. Parteiorgane, 13.10.1977, Informationen zu den Ausschreitungen am 07.10.1977, IfGA, ZPA, IV-2/5/490, S. 4.

Einheiten der Volks-Polizei. Dabei wurde der 19-jährige Hooligan Mike Polly aus Berlin-Malchow von einem Polizisten erschossen und in der Leipziger Innenstadt sind dabei mehr als 30 Geschäfte demoliert worden.³⁴ Die massiven neo-faschistischen und gewalttätigen Ausschreitungen bei Fußballspielen in Regional- und Oberligen konzentrieren sich gegenwärtig auf ost-deutsche Sportplätze und sie haben, seit ihrem Beginn in der DDR, bis heute bereits traditionelle Züge angenommen.³⁵

Skinheads oder Hooligans sahen in ihrer Verurteilung durch die Justiz der DDR zumeist keinen Makel, allenfalls galt dies als Ausweis ihrer Opferbereitschaft für die „nationale Sache“. Die Justizvollzugsanstalten der DDR waren personell und ideologisch nicht auf so viele derartige Häftlinge vorbereitet. Da sich die Neo-Faschisten sehr diszipliniert verhielten, konnten sie sich mit Gleichgesinnten besprechen und wurden so bekannt mit „Kameraden“ aus anderen Bezirken. Hier wurden auch programmatische Texte für die neo-faschistische Szene in der DDR erarbeitet. So entwarf der mehrfach vorbestrafte Neo-Faschist Thomas Kreyßler aus Arnstadt, in der JVA Untermaßfeld in Thüringen, das Programm für eine noch zu gründende „Nationale Arbeiterpartei Deutschlands“ (NAPD).³⁶

Eine weitere Variante der neo-faschistischen Szene in der DDR waren nationalistische Kräfte unter den ehemals Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und dem Sudetenland, die ab Mitte der 1980er Jahre regelmäßige informelle Treffen in Potsdam, Frankfurt/O., Görlitz, Zittau und anderen Orten in der DDR veranstalteten.³⁷

An Universitäten und Hochschulen der DDR vollzog sich gleichfalls eine ähnliche Entwicklung. Nach der den „Deutschen Burschenschaften“ nahe stehenden Zeitschrift *Zeitenwende* (Nr. 4/1990, S. 65) existierten 1989 „in der DDR etwa 18 Korporationen bzw. verbindungsähnliche Zusammenschlüsse von rund 300 Studenten und Akademikern“. Solche burschenschaftlichen Strukturen gab es unter anderem in Dresden, Leipzig, Freiberg und Karl-Marx-Stadt. Ein erstes Treffen zur Abstimmung ihrer Aktivitäten fand am 29. Mai 1986 im sächsischen Schmiedeberg statt, an dem weit rechts orientierte studentische Gruppierungen aus Dresden, Freiberg, Leipzig, Jena und Magdeburg teilnahmen.³⁸

Anti-Semitismus und Anti-Zionismus in der DDR

Der Anti-Semitismus in der DDR erscheint auf einer institutionellen und auf einer gesellschaftlichen Ebene und er erscheint sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik. Einer

³⁴ Madloch, S. 80f; S. 96; S. 148.

³⁵ Vgl. Spitzer.

³⁶ Madloch, S. 82.

³⁷ Madloch, S. 86.

³⁸ Ebenda.

meiner Beiträge zur Diskussion um den Anti-Semitismus in der DDR, liegt in der Offenlegung der empirischen Fakten zum gesellschaftlichen Anti-Semitismus und seiner dialektischen Beziehung mit der anti-zionistischen Außenpolitik, auf dem Hintergrund der auch in der DDR gescheiterten De-Nazifizierung. Die SED, als dominierende Staatspartei, trägt die Verantwortung für die Entwicklung sublimier anti-semitischer Potentiale, nicht nur durch ihre im wesentlichen anti-semitisch begründeten anti-zionistischen Politik gegenüber dem Staat Israel, sondern auch durch ihre anti-semitische Innenpolitik gegenüber den Vertretern der Juden und ihrer Institutionen. Vor dem Holocaust lebten auf dem Territorium der DDR bzw. der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) ca. 85.000 Menschen jüdischer Herkunft.³⁹ Nach 1945 waren nur wenige hundert Juden übrig geblieben, die entweder in den faschistischen Lagern überlebt hatten oder die aus der Emigration nach Deutschland zurückgekehrt waren.⁴⁰ Neben den in den Gemeinden organisierten Juden, gab es eine größere Anzahl Juden ohne religiöse Bindungen, die sich als Sozialisten, Kommunisten oder Anti-Faschisten verstanden.

Institutioneller Anti-Semitismus

In Anbetracht der wenigen Hundert im Land verbliebenen, offiziell gemeldeten Jüdinnen und Juden, gab es letztlich so gut wie keine jüdische Bevölkerung mehr. Man kann also von einem Anti-Semitismus ausgehen, der im eigenen Land so gut wie keine Juden mehr benötigte, um sich zu entfalten. Noch im Februar 1949 hatte sich das Politbüro der SED mit den in Berlin und in der Partei grassierenden anti-semitischen Stimmungen beschäftigt und im November desselben Jahres begannen bereits die anti-semitischen „Säuberungsaktionen“ der Zentralen Parteikontrollkommission.⁴¹ Davon betroffen waren leitende kommunistische und jüdische Journalisten und Funktionäre, die unter anderem der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ angehörten, und dem viele durch die Flucht in den Westen entgehen konnten. Opfer dieser im Kern anti-semitischen Parteiausschlüsse und Berufsverbote wurden besonders Juden, die in öffentlichkeitswirksamen Funktionen tätig waren. Im August 1950 wurden Leo Bauer, Chefredakteur beim Deutschlandsender, Bruno Goldhammer, Intendant des Berliner Rundfunks und Abteilungsleiter im Amt für Information, Lex Ende, bis 1949 Chefredakteur des *Neuen Deutschland* und danach Chefredakteur der *Friedenspost*, aus der SED ausge-

³⁹ Ministerium der Finanzen. Begründung über eine einmalige Beihilfe an den Landesverband der Jüdischen Gemeinden in der DDR, Berlin, März 1950, IfGA, ZPA, IV 2/14/239.

⁴⁰ Information zur Vorlage an die Dienstbesprechung: Zur Situation, Struktur usw. in den jüdischen Gemeinden in der DDR, Abteilung I des Staatssekretariats für Kirchenfragen, Berlin, den 19.08.1975, IfGA, ZPA, IV B 2/14/174, S. 3 und SED-Vorlage für die Dienstbesprechung, Information zur Situation der jüdischen Gemeinden in der DDR, NfD, Abteilung I, Berlin, 02.06.1976, IfGA, ZPA, IV B 2/14/174, S. 1-10.

⁴¹ Groehler, S. 5 - 31. Vgl. Mertens, 1988.

schlossen.⁴² In der Regel waren die ehemaligen Emigranten betroffen, die aus dem Westen in die SBZ/DDR zurückgekehrt waren. Im Januar 1952 hatte die sowjetische Besatzungsmacht die Parteiführung der SED aufgefordert, alle Juden in einer speziellen Kartei zu registrieren. Im Juli 1952 wurde das gesamte jüdische Eigentum aufgehoben und in Volkseigentum überführt.⁴³ Im Zusammenhang mit dem anti-semitisch geführten Slansky-Prozess in Prag Anfang 1953, flüchteten über 400 ost-deutsche Juden, vor dem anti-semitisch motivierten Anti-Zionismus, in den Westen. Unter ihnen befanden sich die VVN-Volkskammerabgeordneten und SED-Mitglieder Hans Freund und Julius Meyer, der ehemalige Sekretär und Leiter der Kanzlei des Präsidenten der DDR Leo Zuckermann sowie die Vorsteher der Jüdischen Gemeinden in Leipzig, Dresden und Erfurt: Helmut Looser, Leo Löwenkopf und Günter Singer.⁴⁴ Ein Zusammenhang dieser Fluchtbewegung mit der Auflösung der VVN ist unübersehbar. Nach diesem erneuten Exodus, gerade auch leitender Funktionäre der Jüdischen Gemeinden und der VVN, blieb der Verband der Jüdischen Gemeinden in der DDR, unter der strengen Kontrolle der Arbeitsgruppe Kirchenfragen der ZK-Abteilung Sicherheit (!) und des Staatssekretariats für Kirchenfragen, dass direkt dem Ministerrat unterstellt war.

Hermann Baden (1883-1962), von 1944 bis 1945 Gefangener im KZ Sachsenhausen, wurde, neben seiner Funktion als Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Halle (1946 bis 1962), auch Präsident des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR (1953 bis 1961). Weil er dezidiert Ansichten vertrat, die bei den Funktionären der SED auf Ablehnung stieß, wurde versucht Baden zu desavouieren, um ihn durch einen ihnen genehmen Vertreter zu ersetzen, der „im positiven Sinne (für) unsere Gesellschaftsordnung“ arbeitet. Bei der Entwicklung dieser Intrigue setzten SED-Funktionäre auch auf anti-semitische Vorurteile; die Maßnahmen gegen Baden sollten auf jeden Fall das Ziel haben, ihn zu „isolieren“. Dieses Vorgehen war dadurch legitimiert worden, da der Verband der Jüdischen Gemeinden in der DDR, offiziell nicht allein als Religionsgemeinschaft, sondern ausdrücklich als politische Organisation eingestuft worden war.⁴⁵ Insgesamt war es den Vertretern der Jüdischen Gemeinden und des Verbandes nicht erlaubt, sich zu innen- oder außenpolitischen Ereignissen öffentlich kritisch zu äußern. Ihre Kritik am gesellschaftlichen Anti-Semitismus oder an der anti-zionistischen Außenpolitik der Regierung durften sie ausschließlich nur in internen Diskussionsrunden äußern. Helmut Aris, Präsident des Verbandes der Jüdischen Gemeinden (1962-1987) und Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Dresden, kritisierte gegenüber Funktionären der SED, die anti-semiti-

⁴² Timm, S. 113.

⁴³ Groehler, S. 14.

⁴⁴ Herbst et. al., Band 2, S. 1125; Keßler, S. 35f. Mertens, 1993, S. 91ff; Leusink, S. 4; *Die Neue Zeitung* v. 18.01.1954; *Die Welt* v. 19.01.1953.

⁴⁵ Jüdische Gemeinden in der DDR, IfGA, ZPA, IV 2/14/249.

schen Vorkommnisse in der DDR. Er attestierte ihnen, dass bei Schändungen jüdischer Friedhöfe sofort reagiert würde, wenn auch nicht mit akzeptablen Argumenten, wurden doch nach der Schändung eines jüdischen Friedhofes in Dresden, 3- bis 4-jährige Kinder für das umstoßen von Grabsteinen verantwortlich gemacht.⁴⁶ Eugen Gollomb, Vorsitzender der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig (1967-1988), ehemaliger Gefangener im KZ Auschwitz und nach seiner Flucht Partisanenkämpfer, verteidigte 1976 das Recht der Juden immer und überall gegen jeglichen Anti-Semitismus aufzutreten, auch gegen den, den er in der DDR beobachtet hatte. Besonders kritisch beurteilten Funktionäre der SED, dass Gollomb auch in Gesprächen mit Partnern aus dem Ausland seiner politischen Ansichten äußerte.⁴⁷ Bei einer Diskussion im Februar 1979 berichtete Peter Kirchner, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Berlin (1971-1990), über erneute Schändungen eines jüdischen Friedhofes. Die Täter waren gefasst worden, doch der zuständige Staatsanwalt von Berlin-Lichtenberg hatte ihm mitgeteilt, dass das Verfahren „wegen Geringfügigkeit“ wieder eingestellt wurde. Die Funktionäre in der Arbeitsgruppe für Kirchenfragen und im Staatssekretariat für Kirchenfragen wollten sich nur noch dann um diese Gräberschändungen kümmern, wenn Kirchner in Zukunft damit aufhört, sich „politisch-negativ“ in der Öffentlichkeit zu äußern, d. h. er durfte anti-semitische Vorfälle in der DDR nicht mehr erwähnen. In einer „Aussprache“ wurde ihm „Prinzipiell, aber in einer freundschaftlichen und freimütigen Form“ mitgeteilt, dass er sich vor öffentlichen Auftritten mit Vertretern des Staates und der Partei zu besprechen habe.⁴⁸

Gesellschaftlicher Anti-Semitismus

Anti-Semitismus in der SBZ bzw. DDR wird ab 1946 sichtbar an der Zerstörung oder Verwüstung von unzähligen jüdischen Gräbern in vielen Gemeinden und Städten der Bezirke durch jugendliche und erwachsene Täter.⁴⁹ Dazu kommen, über Jahrzehnte anhaltend, anti-semitische Hetzparolen in Verbindung mit Schmierereien die den NS-Faschismus und die rassistischen und anti-semitischen Massenmorde verherrlichten.⁵⁰ In Jugendklubs, Oberschulen, Industriebetrieben, Berufsschulen, Lehrwerkstätten, Lehrlingswohnheimen wurden Juden angepöbelt, es wurden Lieder mit anti-semitischen Inhalten gesungen und anti-semitische Parolen wurden auf Wände, Mobiliar, Bücher oder Kleidung geschmiert, oft in Verbindung mit

⁴⁶ Information der SED über das Gespräch mit den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinden in der DDR am 30.01.1973, NfD, Abteilung I des ZK der SED, Berlin, 28.02.1973, IfGA ZPA, IV B 2/14/174, S. 3–4.

⁴⁷ Information zur Situation der Jüdischen Gemeinden in der DDR, Nur für den Dienstgebrauch (NfD), Abteilung I, Berlin, 02.06.1976, IfGA, ZPA, IV B 2/14/174, S. 2–7.

⁴⁸ Aktenvermerk über ein Gespräch mit Dr. Peter Kirchner beim Staatssekretär für Kirchenfragen am 09.04.1979, IfGA, ZPA, IV B/2/14/174.

⁴⁹ Vgl. M. Schmidt.

⁵⁰ Waibel, 2006.

Hakenkreuzen oder SS-Runen. Das Ministerium des Innern (MdI) legte im Juli 1961 dem Politbüro der SED eine Information vor, die für das Jahr 1960 insgesamt 595 Vorfälle mit anti-semitischer Hetze und 2.977 neo-faschistische Vorfälle ausweisen konnte.⁵¹ Im Juli 1966 kam es in Ballenstedt, Kreis Quedlinburg, zu anti-semitischen Ausschreitungen. Studenten aus dem Institut für Lehrerbildung und Lehrlinge aus mehreren Betrieben hatten Parolen wie „Juden raus“ und „Jude verrecke“ gebrüllt, den Hitler-Gruß gezeigt und faschistische Orden getragen.⁵² Im November 1966 wurde in der 17. Oberschule in Berlin-Lichtenberg, Ortsteil Biesdorf, eine neo-faschistische Gruppe aufgedeckt, zu der vier Schüler einer 10. Klasse gehörten. Durch die Ermittlungen wurde eine weitere neo-faschistische Gruppe, mit sechs Jugendlichen, aufgefunden, die sich „Bund Deutscher Jugend“ nannte und die einen nationalsozialistischen Staat errichten wollten. Sie waren aufgefallen, weil sie im Unterricht bei der Erörterung von politischen Tagesfragen ablehnende Haltungen über die DDR äußerten. Juden und andere Nicht-Ariern wurde die Mitgliedschaft verboten. Ihre Symbole waren das germanische Runenkreuz und der Hitlergruß und ihre Vorbilder waren ehemalige Führer des Nazi-Faschismus, mit deren Namen sie sich ansprachen. Interessant ist hier der familiäre Hintergrund der männlichen Jugendlichen, darunter befanden sich Offiziere der NVA und der DVP.⁵³ In Potsdam gab es Ende November 1977 ungefähr 40 Fälle, bei denen Schüler und FDJ-Mitglieder aus Polytechnischen Oberschulen den Hitlergruß gezeigt und anti-semitische Texte hergestellt und verbreitet hatten.⁵⁴ Die Jüdische Gemeinde in Berlin-Prenzlauer Berg erhielt 1983 Drohanrufe, bei denen „Judas verrecke“ und „Juden raus“ geäußert wurde. Eine schriftliche Bombendrohung, adressiert „An die Judenschweine“, war mit „Deutschland erwache“ überschrieben, und es wurde „die Liquidierung und Ausrottung aller Juden“ sowie die „Befreiung Deutschlands“ von allen Ausländern angedroht. Unterschrieben war die anti-semitische Hetzschrift mit „Heil Deutschland“ und „Judas verrecke“.⁵⁵ Ein markantes Beispiel für die Verbindung von anti-semitischer und neo-faschistischer Ideologie ist der Angriff von Skinheads auf Konzertbesucher, nach dem Rockkonzert der Punk-Gruppe „Element of Crime“ aus West-Berlin und der ost-deutschen Band „Firma“, in der Zionskirche in Berlin (DDR) im Oktober 1987. Über dieses Ereignis gibt es mittlerweile eine filmische Dokumenta-

⁵¹ Timm, S. 422.

⁵² Aktennotiz der FDJ Arbeitsgruppe Gesellschaftliche Kontrolle, Berlin, 20.07.1966, JA, IZJ, E 4.127 und der FDJ Abteilung. Organisation-Kader, Betr.: Ballenstedt, Berlin, den 25.07.1966, JA, IZJ, E 4.119; Mitteilungen über Besondere Vorkommnisse der FDJ Abteilung. Schuljugend vom 08.11.1966 im Kreis Freital, POS Wurgwitz, JA, IZJ, E 4.126.

⁵³ Vertrauliche Dienstsache v. 11.11.1966, JA, IZJ, E 4.126 und Informationen über Besondere Vorkommnisse in Berlin, FDJ Abteilung Wohngebiete und Abteilung Jugend und Staat, Vertraulich, Berlin, den 11.11.1966, JA, IZJ, E 4.126.

⁵⁴ Informationen der FDJ BL Potsdam, JA, IZJ, A.9.308.

⁵⁵ Der Generalstaatsanwalt der DDR, Der Stellvertreter, an das ZK der SED, Leiter der AG Kirchenfragen, Genossen Bellmann, Berlin, den 01.06.1983, Anlage, IfGA, ZPA, IV B 2/14/56.

tion mit dem Titel: „Die Nationale Front – Neonazis in der DDR“, die im öffentlich-rechtlichen Fernsehen ARD (rbb) gezeigt worden ist. Dieser Überfall markiert den Endpunkt der Verdrängung der neo-faschistischen und damit auch anti-semitischen Entwicklung, weil die Massenmedien der DDR zum ersten Mal klar und deutlich über die Existenz von Neo-Faschisten berichteten. Bis dahin waren in den Medien Berichte über Rassismus, Anti-Semitismus oder Neo-Faschismus unterdrückt worden, d. h. wenn es z. B. zu Gerichtsverhandlungen gekommen war, dann wurde in der Berichterstattung der politische Gehalt der Sache weggelassen. Diesem Angriff gewaltbereiter Anti-Semiten auf die Zionskirche ging eine jahrzehntelange Entwicklung zu einer neo-faschistischen Bewegung voraus, die von den deutschen Kommunisten in ihrer Gänze nicht verstanden und daher nicht beherrscht werden konnte. Worum ging es am 17. Oktober 1987 in der Zionskirche? Bereits am Nachmittag jenes Tages versammelten sich ca. 80 bis 100 Neo-Faschisten und Skinheads zu einer privaten Feier in der HO-Gaststätte „Sputnik“. Von dort aus machten sich ca. 30 von ihnen auf den Weg zur Zionskirche, um das Konzert und die Besucher anzugreifen. Auf ihrem Weg dort hin wurde ein Mädchen brutal zu Boden gerissen und ein junger Mann wurde verprügelt. Die Neo-Faschisten, unter ihnen waren mehrere Hooligans des BFC Dynamo, stürmten die Zionskirche mit Parolen wie: „Sieg Heil“, „Judenschweine“, „Deutschland“ und „Schweine und Linke – raus aus deutschen Kirchen“ und dazu wurde der Hitlergruß gezeigt. Augenzeugen berichten, dass Volkspolizisten dabei zugesehen hätten, ohne jedoch einzugreifen. Bis zu diesem Ereignis waren die Berichte in den Massenmedien dergestalt, dass zwar berichtet wurde über anti-semitische Vorfälle, jedoch unter der Maßgabe, dass der inkriminierende politische Gehalt unterschlagen wurde. Anstelle dessen erschien in den Berichten der synonyme Begriff „Rowdy“, unter den die Ereignisse subsumiert wurden, die nicht bekannt sein durften. Da dieser Teil der Realität aus politischen Gründen verschwiegen wurde, mußte die Erfassung politisch motivierter Straftaten und -täter in anderen kriminalsoziologischen Kategorien rubriziert werden. Dieses waren Deliktgruppen, wie z. B. „Verbrechen gegen den Staat und die Tätigkeit der Staatsorgane“; Körperverletzungen und „Hetze gegen den Staat“ sowie „Staatsverleumdung“. Die Generalstaatsanwaltschaft der DDR, sie war für die statistische Erhebung zuständig, erstellte 1966 eine Analyse über die Gruppentäterschaft im Alter von 14 bis 21 Jahren.⁵⁶ Hier wurde ein neuer Täterbegriff eingeführt: „Andere Delikte mit rowdyhaftem Charakter“, der mit der Einführung des neuen Strafgesetzbuches, am 1. Juli 1968, unter § 215 des Strafgesetzbuches (StGB) Gesetzeskraft erhalten hatte. Auch in den Medien wurde dieser Begriff dazu benutzt, neo-faschistischen, rassistischen und anti-semitischen Taten ihres politischen

⁵⁶ Der Generalstaatsanwalt an das ZK der SED, Abteilung Jugend, 21.01.1965, JA, IZJ, E 4.125, Blatt 1 - 39.

Kerns zu berauben. Bemerkenswert ist, daß in den 1960er Jahren, jugendliche Straftäter als 14- bis 25-jährig definiert wurden. So zeigte die Kriminalstatistik für das Jahr 1965 insgesamt 82.944 Straftäter, von denen sich ca. 49 % im Alter von 14 bis 25 Jahren befanden, das waren über 40.000 Jugendliche.⁵⁷ Gleichzeitig mit der Einführung des § 215 StGB „Rowdytum“ verschwand die Altersgruppe der 21- bis 25-jährigen Straftäter als separate statistische Größe. Fortan existierten in den jährlich erstellten Statistiken nur noch zwei Unterrubriken für kriminelle Jugendliche: Täter im Alter von 14 bis unter 18 Jahren und Täter im Alter von 18 bis unter 21 Jahren. Mit dieser Umwidmung der Statistik halbierten sich die Zahlen der jugendlichen Straftäter, und es konnte die Mitteilung an das Zentralkomitee der SED herausgegeben werden, dass die Zahlen für kriminell gewordene Jugendliche geringfügig zurückgegangen wären.⁵⁸ Nachdem in den Statistiken später die Definition für kriminell gewordene Jugendliche noch weiter verengt wurde auf nun nur noch 14- bis 18-jährige Täter, konnte dem Zentralkomitee der SED erneut mitgeteilt werden, diese Kriminalität sei erneut rückläufig, und damit sei die „geringste Belastungsziffer seit dem Jahr 1960“ erreicht worden.⁵⁹ Eine interne Statistik der FDJ aus dem Jahr 1987 hatte die Kategorisierung der sechziger Jahre wieder aufgenommen, und alle Straftäter zwischen 14 und 25 Jahren aufgeführt. Es zeigte sich hier, daß ihr Anteil höher lag als jemals zuvor: 1985 lag der Anteil der jugendlichen Kriminellen bei ca. 58 % oder 42.382 Jugendliche, Jahre 1986 waren ca. es 56 % oder 39.830 Jugendliche im Alter von 14 bis 25 Jahren.⁶⁰ Im Jahr 1960 lag, bei 93.000 Tätern insgesamt, der Anteil der Jugendlichen bei ungefähr 50 % oder ca. 47.000.⁶¹ Wenn man berücksichtigt, daß die Zahlen für die Kinder- und Jugendbevölkerung insgesamt rückläufig waren, ist es bemerkenswert, daß die absolute Zahl straffälliger Jugendlicher in Wirklichkeit kaum zurückgegangen war.⁶² Diese Manipulationen verdeckten den Blick auf die Gesellschaft der DDR, deren Teil die kriminellen Jugendlichen waren. Die SED wurde dadurch Opfer ihrer eigenen Ideologie und diese Manipulation der Kriminalstatistik ist als Ausdruck der autoritativ verursachten „Blindheit“ gegenüber der Situation der Bevölkerung im ost-deutschen Staat insgesamt zu verstehen.

⁵⁷ FDJ Information über die Durchsetzung des Sekretariatsbeschlusses des ZK der SED vom 07.07.1965 über das Auftreten von kriminellen und gefährdeten Gruppierungen Jugendlicher in der DDR, JA, IZJ, E 4.125, S. 2.

⁵⁸ Der Generalstaatsanwalt der DDR, Berlin, 02.02.1981, IfGA, ZPA IV/ Blatt 13 und Der Generalstaatsanwalt der DDR, Berlin, 24.03.1982, Blatt 10.

⁵⁹ Der Generalstaatsanwalt der DDR, Berlin, März 1986, IfGA, ZPA, IV/2/13/7, Blatt 10 und 11.

⁶⁰ FDJ Vertrauliche Dienstsache zur Entwicklung der Jugendkriminalität im Zeitraum 1980 - 1986, 1987, JA, IZJ, E 13.760, S. 1.

⁶¹ Der Generalstaatsanwalt der DDR, Berlin 17.04.1980, Langfristige Entwicklung der Straftaten und Täter, 1960 - 1979, IfGA, ZPA IV 2/13/6, Anlage 1, Blatt 14.

⁶² Statistisches Jahrbuch der DDR, Bände 1955-1988, zit.: Hille/Jaide, DDR-Jugend, 1990, S. 396.

Anti-Zionistische Politik nach Innen und Außen

Im Einklang mit der KPdSU bestimmte die SED ihre Politik gegenüber Israel, den arabischen Staaten und der „Palestine Liberation Organisation“ (PLO) konsequent als anti-zionistisch.⁶³ Deckungsgleich dazu gab es in der westdeutschen Linken kaum eine Partei oder Gruppe der außerparlamentarischen Linken, die nicht ebenfalls eine solche anti-zionistische Politik betrieben hat. Dieser Anti-Zionismus wurde verbunden mit der nationalistischen Ideologie der Befreiung von imperialistischer und kolonialistischer Herrschaft, die im Bündnis der RGW-Staaten mit den Arabern und den arabischen Staaten zu Tage trat.⁶⁴ Die Ideologie des Anti-Zionismus als sublimierter, weil gesellschaftlich latent vorhandener Anti Semitismus trat bei der staatskapitalistischen und Neuen Linken ab dem „Sechs-Tage-Krieg“ von 1967 offen zu Tage. Haury und andere mehr haben das mittlerweile in mehreren Veröffentlichungen detailliert aufgelistet und belegt.⁶⁵ Davon betroffen sind alle relevanten legalen oder subversiven Organisationen der leninistischen, bzw. autoritären deutschen Linken in beiden deutschen Staaten.⁶⁶ Mit der anti-zionistischen Argumentation verbindet sich eine unvollständige, da ideologische Aufarbeitung des NS-Faschismus, sowohl in West- als auch in Ost-Deutschland, weil damit der Versuch unternommen wurde und wird, die Deutschen und Deutschland von der psychischen Last der NS-Verbrechen zu entlasten. Diese Ideologie entfaltet eine Massensuggestion in der Weise, dass die Israelis zu Tätern, ja zu faschistischen Verbrechern erklärt werden und es wird damit suggeriert, seht her, die Juden sind entweder genau so wie es die Nationalsozialisten waren oder vielleicht noch schlimmer.⁶⁷ Dieser ideologische Angriff erfolgte in der DDR auf systematische Weise durch A. Norden, der, zuständig für die Kontrolle der Massenmedien, diese „Sprachregelung“ für alle Redaktionen in der DDR durchsetzte.⁶⁸ Dieser anti-semitisch durchgesetzte Anti-Zionismus zeigt Einstellungen und Befindlichkeiten, die entweder in der Arbeiterbewegung zu Hause waren oder die aus der Ideologie des bürgerlichen Deutschland aufgenommen worden sind und er bedient ein anti-semitisches Klischee, das weiterhin Teil der geschichtsrevisionistischen Propaganda ist: Israelis oder Juden, ihre Differenz ist hier nicht relevant, werden zu Faschisten erklärt, die im Auftrag der US-amerikanischen Hegemonialmacht Palästinenser oder Araber, aus rassistischer, also zionistischer Motivation ermorden. Dieses Muster der Verwandlung der Opfer des Holocaust und ihrer Angehörigen zu faschistischen Militaristen und Rassisten dient allein der Entlastung verbor-

⁶³ Vgl. Medwedew.

⁶⁴ Claussen, S. 15f.

⁶⁵ Vgl. Haury 1998 und 2001.

⁶⁶ Haury, 2001, S. 1; raf, S. 422-435.

⁶⁷ Vgl. Bunzl.

⁶⁸ Wolffsohn, S. 202. Dort ist der Hinweis auf die Quelle: Albert Norden an Werner Lamberz, Genosse Ulbricht zur Kenntnis, SAPMO-BA ZPA, NL 182/1339.

gener deutscher Schuldgefühle, die so, eben auch von deutschen Linken unbewußt gepflegt wurden und werden. Die anti-imperialistisch verfasste Außenpolitik der SED führte die DDR im Nahen Osten zu einer Allianz mit den Feinden Israels und dabei ging es u.a. auch um Waffenlieferungen an arabische Staaten und an die Palestiean Liberation Organization (PLO). Das allein war alles nur kein Anti-Faschismus, wenn diejenigen mit beträchtlichen Mengen an Waffen beliefert wurden, deren Ziel es war, die „Juden ins Meer zu treiben“. Die anti-zionistisch begründete Außenpolitik gegenüber Israel war im Wesentlichen nichts anderes, als die Umsetzung revisionistischer Vorstellungen, wie sie ansonsten noch bei Neo-Faschisten oder nationalistischen Konservativen üblich sind. Hier wird sichtbar, dass geschichtsrevisionistische Kräfte nicht nur in der BRD sondern eben auch in der DDR zu finden waren.

Rassismus in der DDR

Von Anfang der 1960er Jahre bis 1990 gab es eine Vielzahl rassistisch motivierter Ereignisse, bei denen Menschen die keine Deutsche waren, die als „Vertragsarbeiter“ oder als Studenten entweder aus der unmittelbaren Nachbarschaft, z. B. aus Polen, Ungarn oder der CSSR oder aus dem Trikont in die DDR gekommen waren, beleidigt, diskriminiert oder bei Schlägereien verletzt wurden. Auch wie beim Anti-Semitismus, wo wir von einem Anti-Semitismus sprechen können, der quasi ohne Juden auskam, so ist es auch beim ost-deutschen Rassismus, der quasi ebenfalls ohne „Ausländer“ auskam. Sichtbar wird der Rassismus, wie es beim Anti-Semitismus bzw. Anti-Zionismus auch der Fall ist, auf der institutionellen und auch auf der gesellschaftlichen Ebene. Diese beiden Ebenen sind hier getrennt aufgeführt, jedoch hatten die beiden Ebenen die Tendenz, sich in der Abwehr und der Bekämpfung der Migranten zu vereinen. Und ähnlich wie die SED den Anti-Semitismus behandelte, erging es auch dem Rassismus, wenn behauptet wurde, „das hat es bei uns nicht gegeben“. Unmittelbar nach der Wende bildete der „Zentrale Runde Tisch“ in Berlin (DDR) eine „Arbeitsgruppe für Ausländerfragen“ und er stellte fest, dass man bei dieser Problematik „bei Null“ beginnen musste, da wissenschaftliche oder journalistische Publikationen über rassistische Vorfälle nicht vorhanden waren.⁶⁹ Das von der SED konsequent durchgesetzte Publizierungs- bzw. Forschungsverbot war auch hier „erfolgreich“. Im März 1989 lebten ungefähr 170.000 Ausländer, die Hälfte davon waren Arbeitskräfte, in der DDR; das entsprach einem Anteil von ca. 1 % an der Gesamtbevölkerung. Die wichtigsten Herkunftsländer waren Algerien, Angola, Bulgarien, Ghana, Guinea, Indien, Jugoslawien, Kamerun, Kongo, Kuba, Libyen, Nigeria, Mongolische VR, Mosambik, Polen, Sierra Leone, Türkei, Ungarn, Vietnam und Zimbabwe. Vietnamesen stell-

⁶⁹ Krüger-Pongratz, S. 8; VIA, S. 1 und 5.

ten, ab 1988, mit über 60.000 ArbeiterInnen den größten Anteil, gefolgt von über 51.000 Polen (inklusive der Pendler), über 13.000 Ungarn und ca. 14.000 Mosambikanern. Die Gruppe der Kubaner wird mit ca. 8.000 ArbeiterInnen angegeben. Zu den Migranten kamen noch ca. 380.000 Soldaten und Offiziere der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte mit zusätzlich ca. 200.000 Familienangehörigen.⁷⁰ Die Feindseligkeiten, die ihnen entgegen gebracht wurden, sind hier von besonderer Bedeutung, weil hier anti-sowjetische Einstellungen sichtbar werden, die einem der zentralen weltanschaulichen und staatstragenden Anschauung der DDR zu wider liefen.⁷¹ Die Darstellung, der aus den Archivmaterialien gewonnen empirischen Resultate des aggressiven Rassismus, sind konzentriert auf die Gruppen der Afrikaner und Araber sowie auf Polen und Angehörige der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte, die beide auf einen tradierten anti-slawischen Rassismus verweisen, dessen Wurzeln weit in die Geschichte des deutschen Chauvinismus hineinreichen. Es wird damit nicht nur die Existenz des Rassismus belegt, sondern es wird hier auch deutlich, wie der Rassismus mit der institutionellen und der soziologischen Ebene verknüpft war.⁷² Rassisten waren, wie Anti-Semiten auch, Teil der sozialen Realität in Ost-Deutschland und sie bildeten reaktionäre Kerne, in einer ansonsten amorph strukturierten Opposition insgesamt. Die SED bediente sich dieser Klientel, mit der ihr eigenen perfiden und rücksichtslosen Politik, wenn es darauf ankam, für sich selbst positive Effekte zu erzielen, wie es in der Abqualifizierung der kämpfenden Arbeiter in Polen durchweg der Fall war. Gegen die rassistisch motivierten Angriffe entwickelten sich immer wieder Versuche der Opfer, sich gegen diese Angriffe autonom zur Wehr zu setzen, die jedoch in jedem Fall vom Staatsapparat konsequent unterdrückt wurden.

Institutioneller Rassismus

Ab Mitte der 1960er Jahre begann die staatliche Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften um den, durch die massive Fluchtbewegung in Richtung Westen ausgelösten, chronischen Mangel an Arbeitskräften zu decken. Auf der Grundlage zwischenstaatlicher, geheim gehaltener Abkommen nahmen 1965 erstmals ca. 700 polnische Arbeiter und Techniker eine Tätigkeit in der DDR auf. Sie arbeiteten zunächst beim Bau der Erdöl-Pipeline vom Rostocker Hafen nach Leuna und Schwedt, bei der Erweiterung des Eisenhüttenkombinats Ost in Eisenhüttenstadt sowie bei der Deutschen Reichsbahn. In der Mehrzahl der Fälle erfolgte der Arbeitseinsatz im grenznahen Gebiet, so dass keine Unterbringung notwendig wurde. 1967 kamen dann, über ein staatliches Abkommen, ca. 15.000 ungarische Arbeiter in Betriebe der

⁷⁰ Vgl. Teschner.

⁷¹ Krüger-Potratz, S. 21 und S. 171 - 182.

⁷² Balibar/Wallerstein, S. 51f.

DDR. Im Jahre 1977 befanden sich insgesamt ca. 50.000 Migranten in der DDR. Diese Zahl erhöhte sich um weitere 50.000, darunter auch ca. 18.000 Arbeiter aus Algerien, die aber bald wieder, aufgrund massiver sozialer Spannungen und rassistischer Ausschreitungen, nach Algerien zurückgeholt wurden.⁷³ Im November 1975 hatten algerische Arbeiter, im Kombinat Schwarze Pumpe, Bezirk Cottbus, durch einen Streik 120 Mark mehr Lohn erkämpft. Dieser erfolgreiche Streik löste in vielen Bereichen große Unzufriedenheit bei deutschen Werktätigen aus und zusammen „mit Feindschaft kam es zu einer komplizierten politischen Lage“, wie es im Jargon der Bürokratie nebulös formuliert wurde. Die verfügbaren Informationen zu diesem Vorgang schließen mit der Bemerkung, die Funktionäre hätten die politische Situation im Kombinat wieder unter ihre Kontrolle gebracht.⁷⁴ Einige wenige Beispiele für anti-arabischen und anti-afrikanischen Rassismus beschreibe ich im Abschnitt über den gesellschaftlichen Rassismus. Die Bedingungen denen ausländische Arbeiter in der DDR unterworfen waren, beinhalteten z. B. die Begrenzung der Dauer ihres Aufenthaltes auf 4 oder 5 Jahre, die Abführung von 12 % des Arbeitslohnes an den Staat des Heimatlandes, eine Altersbegrenzung von 18 bis 40 Jahre, keine Familienzusammenführung, Abschiebung bei Schwangerschaft oder Zwangsabtreibung, Abschiebung bei politischen Aktivitäten, keine Mitgliedschaft in Vereinen oder Parteien der DDR, und eine Zwangsmitgliedschaft, mit Zwangsbeitrag, beim „Freien Deutschen Gewerkschaftsbund“ (FDGB). In den ca. 1.000 Betrieben, Schwerpunkte waren Berlin, Dresden, Erfurt, Halle, Karl-Marx-Stadt und Leipzig, wurden die, überwiegend männlichen, Migranten meist auf den Arbeitsplätzen eingesetzt, für die sich keine deutschen ArbeiterInnen fanden. Eine Integration in die Gesellschaft war nicht erwünscht. Die ausländischen Arbeiter wurden, getrennt von der deutschen Wohnbevölkerung, in betriebseigenen Wohnheimen ghettoisiert. Der Aufenthalt in diesen Heimen war verbindlich festgelegt. In einem Raum „durften“ bis zu vier Personen leben und jeder Person standen mindestens 5 qm zu. Frauen und Männer lebten in getrennten Unterkünften. Wohnheime wurden oft überbelegt und gelegentlich mussten sich bis zu 40 Personen fünf Kochstellen teilen. Es wurden nächtliche Kontrollen durchgeführt, die Leitungen der Wohnheime besaßen Schlüssel zu allen Räumen und konnten so jeder Zeit Durchsuchungen durchführen.⁷⁵

Gesellschaftlicher Rassismus

Die anti-afrikanisch oder anti-arabisch motivierten, rassistischen Angriffe werden bereits sichtbar, als die ersten Araber und Afrikaner als Studenten, Arbeiter oder Touristen Anfang

⁷³ Vgl. Teschner.

⁷⁴ Persönliche Information der FDJ BL Cottbus, November 1975, JA, IZJ, A 9.222, S. 1-7.

⁷⁵ Vgl. Teschner; vgl. Poutrous, vgl. Siegler, S. 138 – 150.

der 1960er Jahre in der DDR erscheinen. Ihnen schlugen in den 1970er und 1980er Jahren Wellen rassistischer Abwehr entgegen, wie z. B. beim VEB Carl-Zeiss Jena, beim VEB Farbenfabrik Wolfen, ob auf einer Straße in Berlin (Ost), in Suhl, in Aken, Aschersleben oder Zittau, immer wieder sind Migranten das Ziel manifester Aggressionen. Nicht anders ergoht es den asiatischen Zuwanderern aus Vietnam, denen die üblichen Ressentiments, gespeist aus Sozial-Neid und rassistischen Anschauungen, entgegen schlugen.⁷⁶ Es wurden ihnen mangelnde Einstellungen zur Arbeit vorgeworfen oder ihre Ordnungs- und Sauberkeitsgewohnheiten wurden immer wieder als „Ekel erregend“ abqualifiziert. Die Unzufriedenheit in der ost-deutschen Bevölkerung über die politische und ökonomische Situation entlud sich in offenen Aggressionen gegen die Migranten, die als „Sündenböcke“ benutzt wurden von denjenigen die es nicht wagten, gegen die tatsächlichen Urheber der Misere in der DDR zu kämpfen. Da es in der Literatur an aufschlussreichen Beispielen fehlt, werde ich hier mit einigen wenigen, ausgesuchten Beispielen, den gesellschaftlichen Rassismus deutlich machen. So wurden im März 1966 drei kongolesische Studenten im „Klub der Jugend und Sportler“ in der Berliner Karl-Marx-Allee, von fünf Deutschen mit körperlicher Gewalt angegriffen und mit rassistischen Sprüchen beschimpft. Beim Eingreifen von Volkspolizisten, wurde der Einsatzleiter eines Funkstreifenwagens leicht verletzt. Gegen die fünf deutschen Arbeiter, zwei Fleischer, zwei Betonbauer und einen Beifahrer, wurden Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch eingeleitet.⁷⁷ Hier folgen nun weitere Beispiele die illustrieren sollen, auf welchen Erfahrungen der rassistische Mob, viele Jahre später, in Hoyerswerda und in Mügeln bauen konnte. Im Bezirk Erfurt kam es im September 1975 zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen Ost-Deutschen und algerischen Migranten. Die deutschen „Rädelsführer“ und „Rowdys“ wurden gerichtlich zur Verantwortung gezogen. Bei ihnen wurden „antisozialistische und nationalistische“ Einstellungen festgestellt.⁷⁸ Die folgenden vier Beispiele sind typisch für gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Algeriern, weil sie im Zusammenhang mit öffentlichen Veranstaltungen stehen. Im Jugendklub „Stadtzentrum“ in Suhl fand Ende 1975 eine Schlägerei zwischen „unseren“ Jugendlichen und circa zwanzig Algeriern statt. Volkspolizisten und FDJ-Ordnungsgruppen beendeten die Auseinandersetzungen. Neun Verletzte, darunter zwei Schwerverletzte, wurden registriert. Die Ursachen wurden nicht ermittelt.⁷⁹ Zum 30. Jahrestag der Gründung der FDJ fand 1976 eine geschlossene Veranstaltung statt, bei der Angehörige von FDJ-Ordnungsgruppen, sie kontrollierten den Ein-

⁷⁶ Waibel, 1996, S. 119ff.

⁷⁷ FDJ Notiz 2/873, JA, IZJ, E 4.127.

⁷⁸ Monatliche persönliche Information, FDJ BL Erfurt, 04.09.1975, JA, IZJ, A 9.236, S. 11.

⁷⁹ Information über Besondere Vorkommnisse unter der Jugend vom 01.10.1975 - 30.11.1975, FDJ Abteilung Verbandsorgane, Vertraulich, Berlin, 08.12.1975, JA, IZJ, A 9.636, S. 5.

gang, zwei Algeriern den Eintritt verwehrten. Daraus entwickelte sich eine physische Auseinandersetzung, bei der einige Personen verletzt wurden. Den Algeriern konnte keine Schuld nachgewiesen werden und es wurde deshalb auf die Einleitung von Ermittlungsverfahren verzichtet.⁸⁰ Algerier wollten den Jugendklub in der Güstener Straße betreten, doch der Einlass wurde ihnen mit der Begründung verwehrt, der Saal sei bereits überfüllt. Im Anschluss daran trat ein Algerier nach dem Türsteher, worauf mehrere Ost-Deutsche in den Streit eingriffen. Von den Algeriern wurden Messer und Stöcke eingesetzt. Insgesamt wurden sechs Personen verletzt, von denen vier in stationäre Behandlung mussten. Gegen fünf Algerier wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet und ihre Einlieferung in Untersuchungshaft veranlasst.⁸¹ Die zwei folgenden Beispiele weisen daraufhin, dass rassistische Vorstellungen nicht nur allein in Schulen oder Betrieben stattfanden, sondern eben auch bei Studenten. So kam es an der Bergakademie Freiberg, während der FDJ-Studententage im Frühjahr 1978, zu einer Schlägerei zwischen ost-deutschen und algerischen Studenten. Nach diesem Vorfall schürten FDJ-Mitglieder die rassistische Stimmung an und die örtliche Leitung der FDJ unternahm nichts gegen die Hetze „aus den eigenen Reihen“.⁸² Bei einem anderen rassistischen Ereignis kam es in der Mensa der Ingenieurhochschule in Zittau, Anfang 1983, zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen FDJ-Mitgliedern und Studenten aus Libyen. Einem Deutschen wurde mit einer abgeschlagenen Flasche ein Arm aufgeschnitten, einem Libyer wurde ein Arm gebrochen. Eine FDJ-Ordnungsgruppe benötigte etwa eine halbe Stunde, um das Handgemenge zu beenden. Die libyschen Studenten forderten die Bestrafung der FDJ-Mitglieder und sie erklärten, wenn dies nicht geschehe, würden sie zur Selbstjustiz greifen.⁸³ Im Sommer 1989 wurden im Zentrum Berlins (DDR), vier Afrikaner von circa zwanzig Ost-Deutschen physisch und psychisch angegriffen und beleidigt. Vier deutsche Täter, ihnen schrieb die Staatsanwaltschaft eine besonders aktive Rolle zu, kamen vor Gericht. Einer wurde als besonders aktiver Schläger eingestuft, der auch rassistische Beschimpfungen geübt hatte. Im Ermittlungsverfahren sagte er aus, er sei ein Skinhead und bekenne sich zum „Nationalstolz, zur Kameradschaftlichkeit und zum Ausländerhass“. Während der Gerichtsverhandlung bekräftigte er seine rassistisch motivierte Ablehnung gegen alle dunkelhäutigen Menschen. Das

⁸⁰ Besondere Vorkommnisse im Zeitraum von Januar 1975 bis März 1976, FDJ Abteilung Verbandsorgane, JA, IZJ, A 9.636, S. 4.

⁸¹ Information über Besondere Vorkommnisse unter der Jugend vom 01.08.1976 - 08.09.1976, ZR der FDJ, Abteilung Verbandsorgane, JA, IZJ, A 9.246, S. 2. Diese Information gelangte durch die örtliche Volkspolizei, vom Ministerium des Innern, über den Zentral-Rat (ZR) der FDJ zur Abteilung Verbandsorgane.

⁸² Persönliche Information der FDJ BL Karl-Marx-Stadt, 08.05.1978, JA, IZJ, A 9.625, Anlage.

⁸³ Information des GO-Sekretärs der IHS Zittau vom 06.04.1983, JA, IZJ, A 10.633.

Gericht verurteilte ihn zu einem Jahr Gefängnis, die anderen Täter zu je zehn Monaten Freiheitsentzug. Die Angeklagten hatten den angerichteten Schaden zu ersetzen.⁸⁴

Die zweite große Gruppe von Opfern die ebenfalls massiv rassistisch angegriffen wurden, waren Migranten oder Touristen aus Polen, sie wurden häufig negativ bewertet und Viele von ihnen wurden auch physisch angegriffen. Dieses rassistische Klima in der Gesellschaft blieb ab den 1970er Jahren konstant, auch deshalb, weil die SED mit nationalistisch und anti-polnisch besetzten Vorurteilen Propaganda gegen die politische Entwicklung in Polen betrieb. Ein anderes anti-polnisches Stereotyp waren negative oder herabsetzende Bewertungen der polnischen Volkswirtschaft. Dabei knüpfte diese Volksverhetzung an anti-polnische, ja anti-slawisch besetzte Ressentiments an, deren Ursachen weit in die deutsche Vergangenheit zurückreichen. Das rassistische Stereotyp über die Polen als angeblich undiszipliniertes slawisches Volk, dem die Tugend Fleiß fehle, im Gegensatz zu den tüchtigen und fleißigen Deutschen, sind in Deutschland seit Jahrhunderten virulent und erscheinen eben auch in der DDR.⁸⁵ Die schwierigen, angespannten Beziehungen zwischen Ost-Deutschen und Polen kamen nicht nur in der Gesellschaft zum Ausdruck. Auch in offiziellen politischen Kontakten beider Länder gab es eine Fülle organisatorischer und inhaltlicher Konflikte, die zusammen mit den historischen und politischen Realitäten, den Inhalt und den Rahmen für den latenten und manifesten Rassismus gegenüber Polen abgegeben haben. Als die polnischen Arbeiter in den 1970er Jahren verstärkt mit Streiks und Demonstrationen gegen die ökonomische und politische Misere in der VR Polen für ihre Rechte kämpften, wurden sie verstärkt zum Ziel gehässiger chauvinistischer Angriffe aus der DDR. Im Jahr 1980 wurde offen über die Notwendigkeit einer militärischen Intervention zugunsten der „fortschrittlichen“ Kräfte in Polen diskutiert, wobei hier die historischen Analogien zum Einsatz der Sowjetischen Streitkräfte im Juni 1953 in der DDR, in Ungarn 1956 und in der CSSR im August 1968 sichtbar werden.⁸⁶ Militaristische Phantasien über ein bewaffnetes Eingreifen in Polen zeigten sich in einem Berliner Betrieb, wo ein Mitarbeiter behauptet hatte, die Sowjetunion hätte 10.000 polnische Uniformen gekauft, um getarnt in Polen einmarschieren zu können.⁸⁷ Diesen militaristischen Phantasien an der Basis der ost-deutschen Gesellschaft entsprach der, von Honecker, als Vorsitzender des

⁸⁴ *Junge Welt* vom 08.06.1989.

⁸⁵ Vgl. Wippermann; vgl. Fischer, S. 32-38; vgl. Hahn et al.

⁸⁶ Bericht über den September 1980, FDJ BL Halle, JA, IZJ, A. 9.753, S. 6. Im Dezember 1980 gab es spekulative Fragen zu einem militärischen Eingreifen der Truppen des Warschauer Vertrages. Vgl. Monatsbericht der FDJ, BL Cottbus vom 04.12.1980, JA, IZJ, A 9.757, S. 7; Persönliche Information an den 1. Sekretär des Zentralkrates der FDJ, FDJ BL Berlin, 08.12.1980, JA, IZJ, A 9.757, S. 2.

⁸⁷ Information zu aktuellen Problemen, Stimmung und Meinungen aus den SED Grundorganisationen, Berlin, den 21.01.1981, IfGA, ZPA, BPA, IV D-2/5/494, S. 6ff; Information über Meinungen von Genossen und Werk-tätigen zu aktuellen Problemen der Innen- und Außenpolitik, Berlin, den 09.02.1981, IfGA, ZPA, BPA, IV D-2/5/494, S. 4f.

Nationalen Verteidigungsrates und von Armeegeneral H. Hoffmann, Minister für Verteidigung, unterzeichneten Befehl, der vorsah, dass, zusammen mit weiteren 17 Divisionen der sowjetischen und tschechoslowakischen Armee, die 9. Panzerdivision des Militärbezirk V der Nationalen Volksarmee (NVA), in Polen einmarschieren sollte, um die „Konterrevolution“ zu stoppen.⁸⁸ Am 15. Dezember 1981 verfügte die polnische Partei- und Staatsführung den Ausnahmezustand und die Errichtung der Militärjunta, was die Invasionspläne hinfällig machte. Die SED hatte über einen langen Zeitraum eine militärische Lösung propagandistisch vorbereitet und so wurde die diktatorische Entwicklung in der VR Polen von Funktionären mit Begeisterung aufgenommen.

Teil II

Der kommunistische Anti-Faschismus

Der marxistisch-leninistische Staatssozialismus war keine authentische Alternative zum bürgerlich-demokratischen Kapitalismus und ist deshalb untergegangen. Unter diesen Voraussetzungen verstehen wir unter Rückbesinnung auf den Marxismus die notwendig gewordene Modernisierung dieses theoretischen Werkzeugkastens. Meine Kritik des Anti-Faschismus der SED versteht sich als solidarische, nicht denunziatorische, aber kritische Analyse der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung bis in die Gegenwart. Das was sich im 20. Jahrhundert besonders in Europa, aber nicht nur dort, ereignet hat, wurde durch die Oktoberrevolution bestimmt.⁸⁹ Ihr Herrschafts-Personal setzte sich zusammen aus den bolschewistischen Kadern der KPdSU und den Funktionseliten und den Militärs des Zarisismus. Deren Folge war eine autoritäre Herrschaft, „die sich schließlich seit der Ära Stalins, mit Hilfe der Ideologie des Marxismus-Leninismus, als dem Kulminationspunkt der inneren Gegenrevolution, die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und das Arbeitskräftepotential“ angeeignet hat.⁹⁰ Dieses orthodoxe Modell, dessen erster Autor Lenin war, ist zu verstehen als Ausdruck der Rückentwicklung, als Ausdruck der inneren Gegenrevolution der über die Bolschewiki zur Macht gelangten proletarischen Revolution, als ein Ausdruck der Degeneration der Oktoberrevolution. Die konterrevolutionäre Generallinie wurde, ab Mitte der 1920er Jahre, von der Führung der KPD, unter dem Vorsitz von E. Thälmann, vollständig übernommen und aus dieser Unterwerfung unter die bolschewistische bzw. sowjetische Führung ist der Zick-Zack-Kurs im anti-faschistischen Kampf gegen die Hitler-Faschisten zu er-

⁸⁸ Gutsche, S. 25 und S. 28.

⁸⁹ Vgl. trend onlinezeitung – Punkt 3 der Stellungnahme der Redaktion 02/05.

⁹⁰ Konzept der Themenredaktion Osteuropa/Staatssozialismus, www.stiftungpunktsozialgeschichte.de.

klären.⁹¹ Die siegreiche Gegenrevolution hat die revolutionären Ansätze nachhaltig zerstört. Auf der Grundlage einer kapitalistischen Produktionsweise hat sie einen gesellschaftlichen Überbau hervor gebracht, der, seinem Wesen nach, als kleinbürgerlich zu charakterisieren ist. Die Ver(klein-)bürgerlichung großer und führender Teile der deutschen, aber auch der internationalen Arbeiterbewegung, d. h. die Aufweichung revolutionärer Vorstellung bis hin zur grundsätzlichen Bejahung der kapitalistischen Produktionsweise hat dort einen Anfang genommen. Die erste Internationale, die „Internationale Arbeiterassoziation“ (IAA) wurde u.a. von Marx und Engels 1864 in London gegründet und 1876 wieder aufgelöst. Diese Internationale war ein relativ pluralistisches Bündnis, da unter ihrem Dach Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten und Anarchisten organisiert waren. Die zweite Internationale, gegründet 1889 in Paris, wurde durch die Kriegsbegeisterung der Arbeiterparteien bis 1914 zerrüttet und ist ab 1923 wieder von Sozialisten und Sozialdemokraten aufgebaut worden. Nach dem II. Weltkrieg wurde sie als reformistische „Sozialistische Internationale“ (SI) neu gegründet. Die KPdSU nahm über die weltweit operierende Organisation der III. Internationale, die „Kommunistische Internationale“ (Komintern), 1919-1943, und über ihre Nachfolgeorganisation, das „Kommunistische Informationsbüro“ (Kominform), 1947-1957, beide waren leninistisch-stalinistisch ausgerichtet, Einfluß auf die internationale Arbeiterbewegung. Über das Exekutiv-Komitee (EKKI) der Komintern, nahm die Führung der KPdSU, mittels des von Lenin eingesetzten Organisations- und Führungsprinzip, des „Demokratischen Zentralismus“, nach dem Tod von W. I. Lenin, verkörpert durch J. W. Stalin, maßgeblichen Einfluss auf die Theorie, auf Strategie und Taktik aller kommunistischen Parteien, und damit auch auf die Entwicklung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Ab dem V. Weltkongress 1924 hatte sich Stalin in der KPdSU und damit auch im EKKI, mit seiner „Theorie vom Aufbau des Sozialismus in einem Land“ durchgesetzt, dass Ziel der Weltrevolution aufgegeben und stattdessen stand die Konsolidierung der Komintern und die Sicherung des politischen Systems der Sowjetunion im Mittelpunkt der Politik. Die Komintern war dann nur noch ein Anhängsel der KPdSU und diente in erster Linie den außenpolitischen Interessen der Sowjet-Union. Ab dann waren die Sektionen des EKKI zu totalen Befehlsempfängern degradiert worden. Auf dem VI. Weltkongress 1928 wurde das Konzept einer Einheitsfront der Linksparteien verworfen, und stattdessen wurde, stark vertreten von Ernst Thälmann, Vorsitzender der KPD, die Sozialdemokratie zum Hauptfeind der kommunistischen Bewegung erklärt. Das führte zu der falschen Behauptung, die SPD wäre Vertreterin eines „Sozialfaschismus“ und deshalb sei ihre Bekämpfung durch die KPD und die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposi-

⁹¹ Abendroth, S. 225f.

tion (RGO) vorrangig. Diese These vom „Sozialfaschismus“ wurde von den der Komintern zugehörenden kommunistischen Parteien, und damit auch von der KPD, ohne wenn und aber, von 1928 bis 1934 vertreten.⁹² Die Sozialdemokratie sollte demnach der linke „Flügel des Faschismus“ gewesen sein, den es vorrangig zu bekämpfen galt. „Die Unkenntnis der charakterlichen Struktur der Menschenmassen ergibt immer wieder unproduktive Fragestellungen. Die Kommunisten erklären z. B. die Machtergreifung durch den Faschismus aus der irreführenden Politik der Sozialdemokratie. Diese Erklärung führte im Grunde in eine Sackgasse, denn es war ja eben ein Wesenszug der Sozialdemokratie, Illusionen zu verbreiten. Diese Erklärung ergibt also keine neue Praxis. Ebenso unproduktiv ist die Erklärung, die politische Reaktion hätte in Gestalt des Faschismus die Massen ‚vernebelt‘, ‚verführt‘ und ‚hypnotisiert‘. Das ist und bleibt die Funktion des Faschismus, solange er existiert.“⁹³ Mit diesen politisch-psychologischen Positionen des revolutionären Intellektuellen W. Reich wollte die KPD nachgerade nichts zu tun haben und schloss ihn wegen seiner Thesen 1933 aus der Partei aus. In der Weimarer Republik hatte die Fehleinschätzung des Exekutiv-Komitees der KI, die die KPD vollständig übernommen hatte, verheerende Auswirkungen auf den anti-faschistischen Kampf und führte zur Spaltung und Lähmung der deutschen Arbeiterbewegung. Dieser Anti-Faschismus der KPD trug zum Aufstieg des Faschismus und zum Sieg der deutschen Faschisten bei.⁹⁴ Dieser Sieg der faschistischen Barbaren war damit verbunden mit der Niederlage der deutschen, bis dahin weltweit stärksten, Arbeiterbewegung. Allein mit einer gemeinsamen anti-faschistischen Front der Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung wäre es möglich gewesen, den Sieg der Hitler-Faschisten zu verhindern. Erst auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale (1935) wurde die These vom „Sozialfaschismus“ verworfen und ab dann, viel zu spät für die Entwicklung in Deutschland, die anti-faschistische Einheitsfront propagiert.⁹⁵ Dort definierte Georgi Dimitroff den Faschismus als „die offene terroristische Diktatur der am meisten imperialistischen Kreise des Finanzkapitals“ – ein anti-faschistisches Modell das ganz eigene Probleme mit sich bringen sollte. Diese These hielt jedoch die Sowjet-Union nicht davon ab, im August 1939 einen Nichtangriffspakt, mit Hitler-Deutschland abzuschließen, was wiederum gleichzeitig das Ende der Volksfrontpolitik und der Komintern bedeutete. Diese Phase, in der die Komintern den Hitler-Faschismus gewähren ließ und diesen sogar noch unterstützte, indem man z. B. missliebige deutsche Kommunisten an die Gestapo auslieferte, endete erst am 22. Juni 1941 mit dem Überfall Deutschlands auf

⁹² Staritz, S. 62ff; Abendroth, S. 234f; Vgl. Ibarra; Vgl. Klönne, S. 165 – 173.

⁹³ Reich, S. 41f.

⁹⁴ Weber, 1984.

⁹⁵ Vgl. Weber (1968), S. 52 – 61; vgl. Abendroth, (1973), S. 130f.

die Sowjet-Union. Am 15. Mai 1943 fasste das Exekutivkomitee den Beschluss über die Auflösung der Komintern zum 10. Juni 1943.

Der Widerstand der Deutschen insgesamt sowie des deutschen Proletariats gegen den Hitler-Faschismus war nicht erfolgreich. An dieser schlichten Tatsache wird die Not sichtbar, deren Folgen bis heute wirksam sind. Die Ursachen für diese Niederlage zu erhellen ist also von grundlegender Bedeutung für den gegenwärtigen Anti-Faschismus sowie seiner Bedeutung für die Gegenwart und die Zukunft. Die Spaltung der Arbeiterbewegung in einen großen reformorientierten Flügel (SPD u.a.) und in einen revolutionären Flügel (KPD, SAP etc.) war die Ursache dafür, dass der anti-faschistische Widerstand politisch und ideologisch zersplittert war. Mit den Annäherungen von Kommunisten und NS-Faschisten war insgesamt dem Kampf gegen den Faschismus eine weitere Unsicherheit hinzugefügt worden. Hier ist nicht nur das gemeinsame Vorgehen der „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition“ mit der „Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation“ beim Streik der Beschäftigten der „Berliner Verkehrsgesellschaft“ (BVG) im November 1932 zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch ein gemeinsamer Rednerauftritt bei den Reichstagswahlen 1932, bei dem der Reichspropagandaleiter der NSDAP, J. Goebbels zusammen mit dem Mitglied des ZK der KPD und Reichstagsabgeordneten W. Ulbricht aufgetreten war.

Die ehemals stärkste Arbeiterbewegung der Welt wurde Anfang 1933 fast vollständig aufgegeben und ihr klägliches Rest kämpfte in der Illegalität auf verlorenem Posten. Erst ab 1941, nach dem Überfall der NS-Wehrmacht auf die UdSSR versuchte die Exil-Führung der KPD neue Widerstandsgruppen zu initiieren, was jedoch ohne nennenswerten Erfolg blieb. 1943 wurde in Moskau das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ (NKFD) gegründet. Die SPD versuchte bis über die Machtergreifung der Nationalsozialisten hinweg, ihren legalistischen Kurs beizubehalten, sie wurde jedoch, zusammen mit „ihren“ Gewerkschaften (ADGB) aufgelöst und verboten.⁹⁶

Kleinere selbständig agierende Gruppen setzten unter großen Opfern ihre riskante Tätigkeit fort, jedoch kam es nie zu einem gemeinsam operierenden Widerstand aller Anti-Faschisten. Der einzige Anschlag auf Hitler aus dem Milieu der Arbeiter, war das Bombenattentat auf Hitler am 8. November 1939 in München durch den Arbeiter Georg Elser.⁹⁷ Doch die demütigende, weil kampflöse Niederlage von 1933 wurde seither zum bestimmenden Faktor der Relevanz oder Nicht-Relevanz der Arbeiterbewegung. Weshalb haben sich die Arbeiter nicht bewaffnet, sich gewehrt gegen die faschistische Bedrohung? Generell ist daher die Frage nach der Form und dem Inhalt der Abwehr neo-faschistischer Gefahren verbunden mit Problemen,

⁹⁶ Vgl. Scharrer, S. 12f.

⁹⁷ Vgl. F. Schmidt.

die im politisch- und sozialpsychologischen Bereich angesiedelt sind, die zurück gehen auf das nicht verarbeitete Trauma der Niederlage der bürgerlichen und proletarischen Kräfte gegen den Hitler-Faschismus im (Dritten) Deutschen Reich. Diese kollektiven und individuellen traumatischen Erfahrungen bestimmen Form und Inhalt der wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung mit dem Neo-Faschismus bis in die Gegenwart, weil die in der Geschichte der Deutschen begründeten mentalen und emotionalen Unsicherheiten über den Erfolg bzw. Misserfolg ihrer anti-faschistischen Anstrengungen, neben der faschistischen Gefahr an sich, das Hauptproblem darstellt.

Nach dem Ende des II. Weltkrieges begann die Auflösung des bis dahin monolithischen Blocks, der auf Moskau fixierten Parteien, als erst Tito in Jugoslawien, dann später Mao Tse Tung in China und später auch andere kommunistische Führer weltweit, die den exklusiven Führungsanspruch der Moskauer in Frage stellten. Ab den 1960er Jahren kamen die Euro-Kommunisten aus Italien oder Spanien als abtrünnige Abweichler hinzu. Nach den bitteren Erfahrungen von 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in der CSSR und ab den 1980er Jahren dann wieder in der VR Polen, als mit militärischer Macht basisdemokratische Bewegungen nieder kartätscht wurden, kamen die euro-kommunistischen Führer spät zu ihren Erkenntnissen. Seit dem Zusammenbruch der Sowjet-Union und der von ihr kontrollierten Staaten und kommunistischen Parteien, ist die Orthodoxie, ähnlich wie die Reformisten, auf der Suche nach einer brauchbaren Erneuerung ihrer Ideologie.

Gegenwärtig ist die neoliberal gewendete SPD nur noch der Form nach eine Partei die sich auf Arbeiterinteressen bezieht, und sie muss unter diesen Umständen, nur noch in der Retrospektive als Teil der Arbeiterbewegung analysiert werden.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), entstanden 1946 aus der erzwungenen Vereinigung von SPD und KPD, übernahm den Anti-Faschismus der KPD, und sie war, durch ihre ideologische und finanzielle Kontrolle der KPD und der DKP in West-Deutschland, die bestimmende Kraft der deutschen Kommunisten.

Die PDS, aus der Konkursmasse der SED entstanden, ist die neue, auf die Stärkung des bürgerlichen Staates und den Erhalt der ausbeuterischen Lohnarbeit fixierte, Sozialdemokratie und damit der wichtigste Hort der Orthodoxie der Arbeiterbewegung in Deutschland. Sie wird getragen durch das Spannungsfeld der Verbindung einer kommunistischen und einer sozialreformerischen Strömung, der auf das Parlament fixierten Partei. In der neu formierten Partei „Die Linke“, dem Zusammenschluss von PDS und WASG, ist alles wieder zu finden, was sich bisher im Schoß dieser beiden Organisationen entwickelt hat, wie z. B. das Marxistische Forum, die Kommunistische Plattform und diverse trotzkistische Zusammenschlüsse. Über

den hauptamtlichen Partei-Apparat auf Bundes- und Länderebene und über ihre Parlamentsfraktionen im Bund, in den Ländern und in Kommunen, behauptet sie eine Dominanz über die (parlamentarische) Linke insgesamt. Gleichzeitig versucht sie, einem Staubsauger gleich, alles aufzunehmen, was sich links von ihr tummelt, und was ihr, in fast perfekter Weise, auch mit der WASG gelungen ist.

Ein weiterer organisatorischer Bereich der Orthodoxie ist die DKP, die mit ihren, zwar geschrumpften Möglichkeiten, in weitere Verästelungen der außerparlamentarischen Linken, in die Gewerkschaften oder in anti-faschistische Gruppen, hinein reichen.

Die publizistische Armada der Orthodoxie, die diesen politischen Pulk absichert, ist beträchtlich und reicht vom *Neuen Deutschland*, der *jungen Welt*, dem *Freitag*, dem *Sozialismus* bis hin zu *utopie kreativ*, um nur ihre wichtigsten Organe zu erwähnen. Gemessen an den bescheidenen organisatorischen oder finanziellen Möglichkeiten der unorthodoxen Arbeiterlinken, befinden sich die Akteure der Orthodoxie, wie schon immer, in einer privilegierten Lage.

Kritik des Anti-Faschismus

Der Anti-Faschismus ist nicht nur als würdevolle Erinnerung und als lebendige Geschichtslektion zu verteidigen, sondern er muss gerade dort einer kritischen Geschichtsschreibung unterzogen werden, wo er versagt hat.⁹⁸ „Die europäischen Antifaschisten, die bereit waren, die Verbrechen Stalins anzuprangern, waren in der Minderheit. Denn wenn die Kommunisten unentbehrliche Verbündete im Kampf gegen den Faschismus sind, darf ihre Politik nicht in Frage gestellt werden. Der antifaschistische Kampf könnte sich ja selbst disqualifizieren. So verschwieg man den sowjetischen Despotismus, die Prozesse, die kollektiven Erschießungen, die Deportationen, die Lager (von der Zwangskollektivierung ganz zu schweigen, die damals selbst von der härtesten antikommunistischen Literatur gar nicht zur Kenntnis genommen wurde).“⁹⁹

Bereits unmittelbar nach dem Ende des Hitler-Faschismus wurden die autonomen Ausschüsse, Komitees und Organisationen der deutschen Anti-Faschisten in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), die spontan, ohne Mitwirkung der KPD, entstanden waren, durch die KPD zerschlagen.¹⁰⁰ An ihre Stelle trat ab Anfang 1947 die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) 1947-1953, in der ursprünglich fast alle Gruppen von NS-Verfolgten – Juden, Christen, Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale und Konservative – freiwillig vereint waren. Am 3. Februar 1953 wurde die VVN durch das Politbüro der SED aufgelöst

⁹⁸ Vgl. Traverso, S. 34f; vgl. Werth.

⁹⁹ Traverso, S. 41f.

¹⁰⁰ Wolf; Weber 1999, S. 39f.

und durch das, vom ZK der SED installierte, finanzierte und kontrollierte „Komitee der der Antifaschistischen Widerstandskämpfer“ (1953-1990) ersetzt, dass die meisten, nicht-kommunistischen, Opfer der deutschen Faschisten nicht als Mitglieder aufnahm. Aus der Organisation der Verfolgten des faschistischen Regimes waren einerseits die aktiven, kommunistischen Widerstandskämpfer des neu gebildeten Komitees hervor gegangen und andererseits die passiven Juden, als minder angesehene „Opfer des Faschismus“.

Jüdische Widerstandskämpfer gegen den Hitler-Faschismus, wurden übrigens in beiden deutschen Staaten kaum erwähnt.¹⁰¹ In den 1980er Jahren waren etwa 2.500 Personen, in Bezirks- und Kreiskomitees, tätig. Die im Komitee vorgenommene Hierarchisierung der Opfer- und Verfolgungsgruppen grenzte große Opfergruppen aus, z. B. die aus rassistischen Gründen verfolgten Juden und Sinti und Roma, die wegen ihrer Religion verfolgten Bibelforscher und Zeugen Jehovas, die Homosexuellen, die so genannten Asozialen, die Wehrdienstverweigerer und die Wehrmachtsdeserteure.¹⁰² Ab diesem Zeitpunkt richtete sich der Anti-Faschismus der SED „immer stärker gegen diejenigen, die ihn in den ersten Jahren nach 1945 verkörpert hatten und als staatstragende Ideologie verlor er zusehends seinen Rigorismus in der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit. Als verbindliches Normen- und Wertegefüge spiegelte er die Welt- und Feindbilder einer kleinen Minderheit kommunistischer Funktionäre, die bis zum Ende der DDR die politische Klasse der DDR dominierten.“¹⁰³ Nach einer eher mehr als weniger formalistischen Aufarbeitung der faschistischen Vergangenheit, und nach der Verstaatlichung von Grund und Boden sowie der Großindustrie erklärte der 3. Parteitag der SED im Juli 1950, dass nun die „Wurzeln des Faschismus“ in der DDR ausgerottet seien. Dieser Beschluss diente letztlich dem Ziel der Stabilisierung der Machtverhältnisse und er war insofern kontraproduktiv, als Teile der Bevölkerung sich von den ritualisierten Inhalten und Methoden der Wirklichkeit protestierend abwandten und anstelle dessen z. B. völkisch-nationalistische Einstellungen vertraten. Ausschließlich von einem autoritären und dogmatischen Standpunkt aus, vom Standpunkt der führenden Partei und der alle Bereiche beherrschenden Pseudo-Theorie des „Marxismus-Leninismus“, wurden alle öffentlich geäußerten politischen und sozialen Absichten oder Wünsche, durch eine gesellschaftliche Realität beurteilt, deren besonderes Merkmal als autoritär bezeichnet werden muss.

Neo-Faschismus in der DDR lässt sich nicht allein aus Politik, Ideologie oder durch Einwirkungen aus dem Westen erklären, denn ohne innere Ursachen hätten faschistische Parolen keinen Nährboden finden können. Zu diesen „inneren Ursachen“ gehört die protestantische

¹⁰¹ Leusink, S. 7f; Mertens 2002, S. 171f.

¹⁰² Herbst et. al. Band 1, S. 513ff und Band 2, S. 1125ff.

¹⁰³ Vgl. Danyel.

Arbeitsethik, jahrzehntelanges Wunschdenken, autoritäre Elemente des Preußentums, der vormundschaftliche Absolutheitsanspruch der Ideologie des „Marxismus-Leninismus“, anti-emanzipatorische Haltungen, umfassende politische Repression auch gegen Demokraten und Sozialisten, autoritäre Denk- und Verhaltensweisen, die Militarisierung der Gesellschaft und des Bildungswesens, ein bürokratischer Zentralismus auf der militaristischen Grundlage von Befehl und Gehorsam, anti-demokratisches Denken, bürokratische Verstaatlichungen in der Volkswirtschaft und letztlich die anhaltende Krise der ost-deutschen Ökonomie.¹⁰⁴

In Fabriken, Redaktionstuben, Kasernen und Universitäten hatten Tausende ehemaliger faschistischer Funktionäre wichtige Posten übernommen und der Führung der SED genügte allein ihre Zusicherung, dass sie „mitmachen“ beim Aufbau des neuen Staates.

Der Anti-Faschismus der KPD/SED hatte die Analyse der Ursachen des Hitler-Faschismus, allein nach der Dimitroff-These, allein auf den politisch-ökonomischen Sektor, der vom Finanzkapital dominiert wurde, reduziert. Die Verstaatlichung der Großindustrie, des Großgrundbesitz, der Banken und Handelskonzerne hatte zum Ergebnis nicht die Befreiung der ost-deutschen Bevölkerung von faschistischen Überzeugungen, sondern die Konstituierung einer kleinbürgerlichen Gesellschaft, in der Angehörige der ehemaligen faschistischen Eliten funktionaler Bestandteil der von den Kommunisten dominierten Eliten wurden. Diese Entwicklung hatte für das gesellschaftliche und individuelle Bewusstsein der Masse der Ost-Deutschen tief gehende Folgen und die SED versuchte dieses Bewusstsein insofern zu transformieren, als sie „ihre“ Bevölkerung an die Seite der siegreichen Armeen der UdSSR stellte, und suggerierte, sie seien die Sieger und legitimen Erben der Geschichte der deutschen Nation. In diese militaristische Konzeption, wurde das antifaschistisch-demokratische Modell eingebettet und bildete so die Grundlage und das politische Umfeld auch für ehemalige NS-Funktionäre. Die Führer der SED waren in der Regel ehemalige Häftlinge der Nazis oder sie waren aus der Emigration zurückgekehrt. Diesen wenigen Frauen und Männer der Gruppe Ulbricht, denen die Führung der SBZ übergeben wurde, stand eine Masse ehemaliger Parteimitglieder und Sympathisanten der Hitler-Faschisten gegenüber.¹⁰⁵ Um den Staat etablieren zu können, brauchte die kommunistische Führung, mit diesen, mit dem Nazi-Faschismus kontaminierten Ost-Deutschen, eine informelle Übereinkunft, denn viele Funktionsträger, die im Nationalsozialismus aktiv waren, z. B. in den Sozial- bzw. Naturwissenschaften, in den Medien, in der Staats- und Wirtschaftsverwaltungen oder in den bewaffneten Kräften, wurden auch im neuen Staat dringend benötigt. Ihr Wissen sollte genutzt werden für die Erfüllung der staatlichen und politischen Ziele der SED. Mit dieser Übereinkunft der Eliten in der DDR

¹⁰⁴ Madloch, S. 97ff.

¹⁰⁵ Vgl. Leonhard, S. 411f.

wurde, ab Anfang der 1950er Jahre, die juristische Auseinandersetzung um die Aufarbeitung der NS-Geschichte eingestellt, und die Bevölkerung blieb daraufhin weitgehend von selbstkritischen Tönen und Inhalten verschont. Unterhalb dieser obersten Führungsebene agierten jedoch ehemalige NS-Funktionäre in leitenden Stellungen auf gesellschaftlichen und staatlichen Führungsebenen. Diesen ehemaligen NS-Funktionären in der SBZ/DDR wird unterstellt, analog zu den Erkenntnissen über Neo-Faschismus in Westdeutschland, für die Überlieferung faschistischer Inhalte und Einstellungen mit verantwortlich zu sein.

In West-, wie auch in Ostdeutschland wurden die von den alliierten Siegermächten durchgeführten De-Nazifizierungen Anfang der 1950er Jahre von den Deutschen hauptsächlich als juristisch definiert übernommen und sehr schnell für beendet erklärt.¹⁰⁶ Die Analysen über den Prozess der De-Nazifizierung für die SBZ/DDR zeigen, dass es die „Stunde Null“ in Wirklichkeit auch nicht gab.¹⁰⁷ Die auf dem Territorium der SBZ/DDR befindlichen NS-Funktionäre blieben, bis von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, von politischer oder juristischer Verfolgung unbehelligt. Ehemalige Nationalsozialisten wurden als „nominelle“ NS-Parteimitglieder eingestuft, das betraf Tausende ehemaliger Hitler-Faschisten, und wenn sie erklärten, sie würden sich für die Ziele des neuen Staates einsetzen, stand ihren neuen Karrieren nichts mehr im Weg. Unter diesen als „nominell“ eingestufte NS-Parteigenossen, in der Regel waren es Männer, befanden sich ehemalige Funktionäre der NSDAP, der SS, aus Staatsverwaltungen oder der Wehrmacht. Vielen wurden, trotz ihrer Beteiligung am nationalsozialistischen System, Karrieren ermöglicht, ohne dass sie zuvor politisch oder juristisch zur Verantwortung gezogen worden waren. „Selbst der SED gehörten zu jener Zeit zirka 175.000 ehemalige Offiziere, Oberfeldwebel, Feldwebel sowie Angehörige der NSDAP oder ihrer Gliederungen an, von denen sie erst 1951 rund 16.000 ausschloss“.¹⁰⁸ Im Jahre 1953 waren ca. 25% der Mitglieder und Kandidaten der SED ehemalige Mitglieder der NSDAP bzw. ihrer Gliederungen. Im Bezirk Magdeburg waren ca. 26% aller SED-Mitglieder ehemalige Funktionäre faschistischer Organisationen; im Bezirk Halle waren es ca. 34% und im Bezirk Erfurt gar ca. 35%. Der Kreis Wernigerode hatte, mit einem Anteil von ca. 46% ehemaliger nazistischer Mitglieder unter der SED-Mitgliedschaft, die höchste regionale Konzentration.¹⁰⁹ Im Jahr 1965 gab es noch ehemalige NS-Funktionäre als Abgeordnete in der Volkskammer und im ZK der SED hatten 12 Mitglieder und Kandidaten eine faschistische Vergangenheit. In den Medien bekleideten viele von ihnen wichtige Stellungen in Zeitungs- und Zeitschriften-Re-

¹⁰⁶ Vollnhals, S. 43-55; Werkentin, S. 168-197.

¹⁰⁷ Rößler, S. 15f, S. 168, Otto, S. 6-7, Streim, S. 587-591.

¹⁰⁸ Otto, S. 19f; Vgl. Benedict.

¹⁰⁹ Hafenegger/Buddrus, S. 92; www.ddr-wissen.de/wiki/ddr.pl?Naziverstrickungen_der_DDR_Prominenz.

daktionen, z. B. im *Neuen Deutschland* oder in der *Deutschen Außenpolitik*. Wenige Jahre zuvor waren viele von ihnen als SS- oder SA-Offiziere Angehörige von Propaganda-Kompanien, Mitarbeiter des NS-Rundfunks, Journalisten des faschistischen *Völkischen Beobachter* oder des *Schwarzen Korps*, während andere Mitglieder faschistischer Gruppierungen, wie z. B. des „SS-Rasse- und Siedlungs-Hauptamtes“ oder der „Legion Condor“ waren.¹¹⁰ Die Liste, der ehemaligen faschistischen Funktionäre und Mitglieder, die nach 1945 in der SBZ bzw. DDR in führenden Stellungen politisch und administrativ tätig waren, ist lang und sie führt von Ministerposten, von hervor gehobenen Stellungen im Parlament (Volkskammer), über ranghohe Offiziere und Generäle in der NVA und der DVP bis hin zu wichtigen Ämtern in den Gesellschafts- und Naturwissenschaften.¹¹¹

Ein Sammelbecken für ehemalige Nationalsozialisten und Wehrmichtsangehörige war die „National-Demokratische Partei Deutschlands“ (NDPD), doch neo-faschistische Organisationen, Parteien oder Publikationen waren in der DDR nicht erlaubt. Die Verbote und die Verdrängung hatten offensichtlich nicht die ausschließenden Wirkungen erreicht, die von den deutschen Kommunisten wohl intendiert waren, und sie haben schließlich keine grundlegenden Beiträge zur innovativen Auseinandersetzung mit dem Neo-Faschismus geliefert. Tradierte faschistoide Bewusstseinsinhalte blieben virulent und sie wurden, durch systematische Tabuisierung und Ausgrenzung der massenpsychologischen Ursachen, in einem kontraproduktiven Sinn sowohl konserviert als auch reaktiviert. Die Reduktion der Ursachenforschung zum deutschen Faschismus auf politische oder ökonomische Zusammenhänge, wurde bei gleichzeitiger Bekämpfung sozialpsychologischer Theorien, zu einem ideologischen Hindernis für eine umfassende Aufarbeitung der faschistischen Vergangenheit und der Erforschung ihrer anhaltenden Wirkungen. Die falsche Kategorisierung des Arbeiteraufstands vom Juni 1953 als „antifaschistischer Putschversuch“ und die propagandistische Verschleierung der Gründe für den Bau der Berliner Mauer ab dem August 1961 mit dem Konstrukt eines „antifaschistischen Schutzwall“, zeigt zu welchen Deformationen die marxistisch-leninistisch dominierte Ideologie des Anti-Faschismus der deutschen Kommunisten geführt hat. Die SED bestimmte mittels des Staatsapparates über die Produktivkräfte und sie sah darin letztlich den materialistisch begründeten Unterschied zu den Klassenverhältnissen in Westdeutschland, die als ausschließliche Quelle für den Neo-Faschismus festgeschrieben wurden. Durch ihre autoritär ausgerichtete Macht verhinderte die SED, über eine umfassende Zensur, die Ausbreitung der Fakten über neo-faschistische Ereignisse in allen Medien und verunmöglichte damit eine

¹¹⁰ Vgl. Teschner.

¹¹¹ Vgl. UfJ; vgl. Wiesenthal; vgl. www.de.wikipedia.org/wiki/Liste_ehemaliger_NASDAP-Mitglieder, die nach dem Mai 1945 politisch tätig waren; vgl. Leide; vgl. Cerný.

öffentliche Debatte. Mit ihrer zugleich zielgerichteten und zutiefst widersprüchlichen Politik, protegierte die SED eine autoritäre und rassistische Atmosphäre, die in der ost-deutschen Gesellschaft Spuren hinterlassen hat. In diesem besonderen politischen Klima wurden diskriminierende faschistische Einstellungen und Gefühle, wie z. B. Hass auf Juden oder Migranten konserviert und erlebten immer wieder heftige Ausbrüche. Die Führungen der Deutschen Volkspolizei (DVP) oder des Ministerium für Staatssicherheit (MfS) konnten die historischen und politischen Ursachen dieser Entwicklung nicht einordnen und waren deshalb auch nie in der Lage die Entwicklung einer militant anti-semitischen und neo-faschistischen Szene zu unterbinden. Bis 1988 war das zentrale Motto bei der Bekämpfung der Neo-Faschisten das Verschweigen ihrer Existenz und wenn das nicht reichte: Repression durch die Justiz. Im Februar 1988 hielt E. Honecker eine Rede vor den 1. Kreissekretären der FDJ und er erinnerte dabei an die historische Zusammenarbeit der jungen Deutschen nach dem 8. Mai 1945, die, unabhängig von ihrer ideologischen oder politischen Herkunft, gemeinsam angepackt, die Trümmer des Krieges beseitigt und den Wiederaufbau durchgeführt hätten. Die Jugendlichen aus den ehemaligen NS-Organisationen wie HJ und BDM, so E. Honecker, wären von den Nazis lediglich missbraucht worden und sie hätten damals, unter seiner Anleitung, in und mit der FDJ zu ihren wahren Idealen zurück gefunden. Zum Zeitpunkt dieser Rede, hatten in der DDR mittlerweile offene Straßenschlachten mit faschistischen Banden statt gefunden, bei denen auch die DVP eingreifen musste und Honecker, wie die SED insgesamt, wollte nicht wissen, was nicht sein durfte und wenn es sein musste, dann wurde mal eben und kontinuierlich die Justiz-Statistik gefälscht.¹¹² In der Welt der SED waren die Bösen, also die deutschen Faschisten, im Mai 1945 besiegt worden und überlebten noch im Westen, dank der Unterstützung west-deutscher Regierungen. Diese Ideologie des schwarz-weiß gemusterten Freund-Feind-Denkens, ist sicherlich nicht nur dem Kalten Krieg geschuldet, sondern hat seine weiteren Ursachen in einer marxistisch-leninistischen Ideologisierung der Vorstellungen von Karl Marx und Friedrich Engels, und war damit längst zu einem zentralen Hindernis bei der Analyse der realen Verhältnisse selbst in der DDR geworden. Für Marcuse hatte der Kampf gegen kapitalistische Ideologien und Verhaltensweisen im Staatssozialismus „in erster Linie innerpolitische Bedeutung: Er soll der Gefahr der Entspannung entgegenwirken, die mit wachsender Produktivität einhergeht. Außerdem, und das ist vielleicht sogar noch wichtiger, soll er eine gutausgebildete, geschickte und disziplinierte Arbeitskraft verbessern und vermehren.“¹¹³

¹¹² Vgl. Waibel, 2007.

¹¹³ Marcuse, 1969, S. 220f.

Militarisierung der Gesellschaft

Die Ideologie der Militarisierung des Kommunismus hat seine Anfänge in den sozialistischen Revolutionen von 1917 und 1918 in Russland und Deutschland, als die vom Weltkrieg demoralisierten, proletarischen Soldaten, zusammen mit ihren streikenden Klassenbrüdern in den Fabriken, zu sozialistischen Revolutionären geworden waren. Sie dienten zur Begründung einer Ideologie vom Kommunisten, als bewaffneten und uniformierten Kämpfer, die zusammen mit dem „Demokratischen Zentralismus“, einer quasi militärischen Struktur der kommunistischen Partei und der autoritären Ideologie des Marxismus-Leninismus, die Ideologie der Militarisierung im Staatssozialismus konstituierte. Dazu kam, dass der Kalte Krieg einen militärischen Rahmen „forderte“ für die Entwicklung und Durchsetzung hierarchisch strukturierter und bewaffneter Gruppen, die das öffentliche Leben, die Sprache und das Denken militärisch normierte und reglementierte. Militärische Kenntnisse und eine ausgeprägte Körperkultur sollte besonders Jugendlichen nahe gebracht werden, weil sie damit dem Typus eines neuen Menschen entsprechen würden.¹¹⁴ Die ZK-Abteilung für Sicherheit der SED wurde 1955, da war sie bereits zuständig für den Sektor der Nationalen Verteidigung, erweitert um den Sektor für Militärwissenschaft und für militärische Propaganda. Daraus wurde die „zentrale Leitungs-, Koordinierungs- und Kontrollinstanz für die Militärpropaganda der DDR“, deren Hauptaufgabe die Entwicklung und Durchsetzung einer umfangreichen propagandistischen und agitatorischen Arbeit für die Wehrerziehung war.¹¹⁵ In der DDR existierten mehrere militärische und paramilitärische Organisationen, die mit ihrer großen Anzahl von Personal und mit ihren spezifischen hoheitlichen Aufgaben, für eine autoritäre Durchdringung von Staat und Gesellschaft sorgten. Das 1950 gegründete, militärisch geordnete „Ministerium für Staatssicherheit“ (MfS), war als Inlands- und Auslands-Geheimdienst und zugleich als Ermittlungsbehörde für Straftaten mit politischem Charakter, in erster Linie ein Unterdrückungs- und Überwachungsinstrument der SED zur Einschüchterung der ost-deutschen Bevölkerung. Die „Stasi“ war, mit den etwa 90.000 offiziellen Soldaten, alle waren Mitglieder der SED, und den über 100.000 inoffiziellen Agenten, ein gewichtiger Teil der militaristischen Struktur der DDR. Viele der inoffiziell, geheim operierenden Agenten, waren offiziell als Angehörige der DVP, Offiziere der NVA oder Angehörige im staatlichen Dienst tätig und gehörten somit zum System von Terror und Folter, das besonders unerbittlich gegen sozialistische und demokratische Oppositionelle und Regimekritiker eingesetzt worden ist.¹¹⁶ Nach dem Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953, wurde in der 14. ZK-Tagung am 21. Juni 1953 und

¹¹⁴ Hafenegger/Buddrus, S. 121ff; Vgl. Hofmann, S. 54.

¹¹⁵ Hafenegger/Buddrus, S. 135.

¹¹⁶ Waibel, 1996, S. 174-176.

der 15. ZK-Tagung im Juli 1953 beschlossen, dass in den industriellen, genossenschaftlichen und agrarischen Betrieben und in den staatlichen Verwaltungen und Institutionen paramilitärische „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ einzurichten sind. Die übergeordnete Leitung der Verbände lag erst bei der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei (HVDVP) und ab Januar 1961 bei der „Abteilung Kampfgruppen“ ebenfalls im Ministerium des Innern (MdI). 1955 wurde eine Uniformierung eingeführt, die aus einer blauen Skimütze, einem blauen Overall und roter Armbinde bestand. Diese Miliz bestand zuletzt aus ca. 200.000 „Kämpfern“ in ca. 2.000 Einheiten, deren Aufgabe u.a. darin bestand, innere Aufstände zu unterdrücken oder im Verteidigungsfall die Operationsfreiheit der NVA zu sichern. Die Kampfgruppen waren militärisch organisiert in Hundertschaften und ihre Bewaffnung reichte von Pistolen, Gewehren des Fabrikats AK-47, („Kalaschnikow“) über schwere Maschinengewehre, leichten Flugabwehrkanonen (Flak) bis zu leichten Schützenpanzern. Das Personal bestand in der Regel aus Männern, im Alter von 25 bis 60 Jahre, nur eine kleine Anzahl von Frauen wurde z. B. als Funkerinnen und im Sanitätsdienst eingesetzt. Eine weitere, paramilitärisch organisierte Einheit, waren die „Abschnittsbevollmächtigten“ (ABV), Polizisten der Volkspolizei, die 1952 nach sowjetischem Vorbild, eingeführt wurden. In der Regel gehörten sie einem unteren Offiziersrang der Schutzpolizei an, waren immer im Dienst und kannten, z. B. durch ihre regelmäßige Kontrolle der Hausbücher, die Einwohner in ihrem Kontrollbereich. Im Zusammenhang mit den ABV ist eine weitere Variante der besonderen polizeilichen Struktur erwähnenswert, die 1952 gegründete Organisation der „Freiwilligen Helfer der Deutschen Volkspolizei“, die insgesamt über 170.000 Mitglieder hatte. Unter polizeilichen Gesichtspunkten sollten sie für die „innere Sicherheit“ sorgen, besonders bei Großveranstaltungen, Demonstrationen, bei Ausweiskontrollen, Streifengängen und bei Großfahndungen. Die 1953 gegründete paramilitärische Jugendorganisation „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST), mit ihren über 500.000 Mitgliedern in fast 10.000 lokalen Gruppen markiert den Beginn der militaristischen Ausrichtung und Normierung großer Teile der ost-deutschen Gesellschaft. Selbstverständlich war die GST nach der Doktrin des „Demokratischen Zentralismus“ in Grundorganisationen, in Kreis- und Bezirksvorständen und im Zentral-Vorstand organisiert und ihre Hauptaufgabe bestand darin, mit ihren vormilitärischen Ausbildungsangeboten freiwilligen Nachwuchs für die NVA zu gewinnen. In den letzten Jahren der DDR war die GST zu einem Anziehungspunkt für „Faschos“ und Skinheads geworden, die dort ihre aus der faschistischen Ideologie gewonnenen Phantasien des soldatischen Mannes bestätigt und näher gebracht bekamen.¹¹⁷

¹¹⁷ Siegler, S. 86f.

Wehrerziehung begann bereits in Kindergärten, ging weiter in den Schulen und Oberschulen bis hin zu den Hochschulen und Universitäten. Die Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens durch Wehrerziehung und die Erziehung zum Hass auf den Feind durchzog das Leben in der DDR. Diese Überbetonung des Militärischen im Staat und in der Gesellschaft war für das faschistische Potential wie eine Einladung zum mitmachen. Ab dem 1. September 1978 begann das neue, jedoch unbenotete Unterrichtsfach „Wehrunterricht“ zunächst in den 9. Klassen und ein Jahr später dann auch, in den 10. Klassen der Polytechnischen Oberschulen (POS), als Pflichtfach für alle Schülerinnen und Schüler. Am Ende des 9. Schuljahres war ein zweiwöchiges Lager vorgesehen. Männliche Schüler wurden ins Wehrlager geschickt, wo sie uniformiert, meist von Reserve-Offizieren oder von Offiziers-Schülern der NVA militärisch betreut und im Gebrauch von Waffen ausgebildet wurden. Mädchen, und diejenigen Schüler, die nicht in am Wehrlager teilnahmen, wurden an der Schule in Zivilverteidigung (ZV) ausgebildet. Inhalt dieser Ausbildung waren „Erste Hilfe“ und Evakuierungsmaßnahmen. In der gymnasialen Oberstufe der Erweiterten Oberschulen (EOS) wurde die vormilitärische Ausbildung kontinuierlich fortgesetzt. Nach der 11.Klasse bzw. nach dem 1. Lehrjahr gab es wieder ein Lager, analog zu dem was in der 9. Klasse bereits vorgegeben worden war. Den Abschluss des Wehrunterrichts bildeten in den Winterferien der 10. Klasse drei „Tage der Wehrbereitschaft“, wo Reserve-Offiziere, in der Uniform der NVA, theoretische und praktische Schulungen durchführten, wobei die Schüler Uniformen der GST trugen. Bestandteil der Ausbildung war u. a. das Training im Handgranatenwurf, das Schießen mit Luftgewehren oder einer Kleinkaliber-Maschinenpistole, Exerzieren, sowie militärtheoretischer und politischer Unterricht. Regelmäßig wurden militärische Veranstaltungen durchgeführt, an der auch uniformierte Kinder und Jugendliche der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ und der FDJ teilnahmen. So auch bei der „Woche der Waffenbrüderschaft“ mit Soldaten und Offizieren der sowjetischen Armee, der „Nationalen Volksarmee“ und Angehörigen der „Gesellschaft für Sport und Technik“. Es gab wehrsportliche Übungen in der Form von Schießwettbewerben zwischen FDJlern und Komsomolzen und den Abschluss bildete ein Manöverball. Fanden solche Veranstaltungen während des Winterhalbjahres statt, so wurde auf geschlossene Räume ausgewichen und das Treffen wurde zum „Hallenwehrsportfest“ erklärt.¹¹⁸ Die militärische Indoktrination durch die Wehrausbildung in Lagern und im Schulunterricht sollte das Prinzip von „Befehl und Gehorsam“ auch für den zivilen Alltag brauchbar machen und diente nicht allein der aktuellen und strategischen Rekrutierung für die bewaffneten Kräfte - impliziert war ebenso, eine Stärkung der Bindungen der Bevölkerung an den Staat.

¹¹⁸ FDJ Bezirks-Leitung Rostock, Information vom 03.03.1977, JA, IZJ, A 9.311, S. 7.

Eine andere wichtige paramilitärische Einheit bildeten die FDJ-Ordnungsgruppen, die im August 1961 durch einen Beschluss des Sekretariats des Zentral-Rates der FDJ gegründet worden sind und ab 1980 wurde daraus der „Zentrale Ordnungsgruppenverband“, als ständige ehrenamtliche Formation, gebildet und bei hilfspolizeilichen und vormilitärischen Aufgaben, eingesetzt. Ihre Mitglieder waren mit einem Barett, einem Hemd und einer Armbinde uniformiert, politisch und ideologisch erzogen und vertraut in paramilitärischen „Einsatzformen und –methoden“ wie Exerzier- und Zweikampfausbildung, verbunden mit sportlichen Aktivitäten und Kenntnissen über „sozialistisches Recht“. Die Kenntnisse und Fertigkeiten wurden in fachspezifischen Schulungsmaßnahmen durch Angehörige der „Justiz-, Schutz- und Sicherheitsorgane“ vermittelt.¹¹⁹ Ende der 1980er Jahre hatten diese Verbände eine Größe von circa 40 - 60.000 Mitgliedern in ca. 4.000 Ordnungsgruppen. Diese paramilitärisch ausgebildeten und geführten Ordnungsgruppenverbände waren einen Teil der polizeilich-militärischen Struktur der DDR und sie waren primär vorgesehen für die Durchsetzung von Sekundärtugenden wie „Disziplin, Ordnung, Sauberkeit, Höflichkeit und Ehrlichkeit“ in der Öffentlichkeit und vor allem auch in den ca. 8.000 Jugendklubs, wo sie auch für die Eingangskontrolle zuständig waren.¹²⁰ Zu allen öffentlichen Ereignissen, ob in einer Diskothek, ob in der Stadt oder auf dem Land, ob bei nationalen Großveranstaltungen, wurden FDJ-Ordnungsgruppen, zusammen mit Volkspolizei, den jeweils zuständigen Abschnittsbevollmächtigten und Freiwilligen Helfern der Volkspolizei eingesetzt.¹²¹

Es sollte sich als bedeutsam heraus stellen, dass „Faschos“, das war der Begriff mit der in der DDR Neo-Faschisten bezeichnet wurden, nicht als solche äußerlich zu erkennen waren, zusammen mit Skinheads in die Ordnungsgruppen eingesickert waren. Dort regelten sie den Zutritt zu Veranstaltungen in den Jugendklubs und es blieb nicht aus, dass es zu verbalen und physischen Diskriminierungen afrikanischer oder arabischer Besucher durch die rassistischen Türsteher kam.

Chauvinistischer Nationalismus

Dass „die deutschen Kommunisten die soziale Revolution voll und ganz der nationalen Befreiung untergeordnet haben“, hatte ökonomische Ausbeutung und politische Unterdrückung im Staatssozialismus zur Folge.¹²² Ein zentraler Ausdruck des nationalistischen Chauvinis-

¹¹⁹ FDJ Vorschlag für die Auswahl und den Einsatz von 1.000 Funktionären der FDJ als Agitatoren, in der Zeit vom 15. bis 22.06.1988, FDJ Abteilung Verbandsorgane, JA, IZJ, A 11.448, Anlage S. 2.

¹²⁰ FDJ Vorlage an das Sekretariat Nr. 1/31/88, Aufgaben der Leitungen der FDJ auf dem Gebiet der sozialistischen Rechtserziehung, 22.03.1988, JA, IZJ, A 11.442, S. 2 und S. 5.

¹²¹ Ebenda, S. 5.

¹²² Marcuse, 1999, S. 32f.

mus war die Parole von der militärischen Verteidigung der „Nation DDR“. Besonders seit der Ablösung von Ulbricht durch Honecker 1971, behauptete die SED die DDR als den wahren Hort der deutschen Nation, weil die westdeutsche Bourgeoisie letztlich die deutsche Teilung nach 1945 verursacht und somit eine einheitliche deutsche Nation verhindert hätte. Die nationalen Interessen Gesamtdeutschlands wären durch eine „Politik des nationalen Verrats“ aufgegeben worden und die Auflösung des einheitlichen deutschen Staates sei so von den deutschen Kommunisten nicht mehr zu verhindern gewesen. Deshalb, so die SED auf ihrem VIII. Parteitag 1971, sei die deutsche Frage bereits entschieden und das Ziel sei es nun, alle Klassen und Schichten der DDR zu einer „nationalen Gemeinschaft“ zusammenzuschließen.¹²³ So wurde eine Ideologie entfaltet, die gleichzeitig zu einer „Liebe für die Heimat“ und zum „Haß auf die imperialistischen Feinde“ erziehen sollte. Mit diesen chauvinistischen Parolen bewegte sich die SED auf einem Weg der nationalen Orientierung bis hin zu den Forderungen für eine „rückhaltlosen Liebe für Heimat und Vaterland“. Besonders in den krisenhaften 1980er Jahren hatte diese, auf Emotionen setzende Indoktrination die Funktion, die Bevölkerung enger an die SED zu binden. Anhand der, für die Öffentlichkeit geheim gehaltenen, Ergebnisse demographischer Umfragen des „Zentralinstituts für Jugendforschung“ (ZIJ), wußte die SED-Führung, dass nennenswerte Teile der Bevölkerung sich bereits seit längerer Zeit von den legitimatorisch wichtigen Inhalten der offiziell gültigen Geschichtsschreibung und der herrschenden Politik distanziert hatten, und nationalistische oder faschistische Einstellungen und Strömungen waren nicht mehr zu übersehen. Bei einer demoskopischen Erhebung des ZIJ stimmten der Behauptung, die „Deutschen waren schon immer die Größten in der Geschichte“, 11% der Befragten zu. In den Ergebnissen der Befragungen traten deutschtümelnde und nationalistische Überheblichkeiten deutlich hervor und bei einem nicht unerheblichen Teil der Befragten waren „größere Erkenntnisdefizite in Bezug auf Wesen und Funktion des Faschismus und der Rolle Hitlers“ zu konstatieren. Für die Autoren dieser Studie mit dem Titel „Politisch-historische Einstellungen bei Jugendlichen 1988“, drängte sich die Frage nach der Wirksamkeit der „internationalistischen Erziehungsarbeit“ auf und insgesamt sollten die Ergebnisse Anlaß „zum ernsthaften Nachdenken“ sein.¹²⁴ Der Adressat dieser, als „Vertrauliche Verschlusssache“ deklarierten Studie, mit ihren brisanten Ergebnissen, waren im Politbüro der SED zu finden, denn solche Studien wurden ausschließlich diesem höchsten politischen Gremium bekannt gemacht. Dort war man nicht in der Lage, diesen politischen Realitäten, ge-

¹²³ Alfred Kosing, Argumentation zur persönlichen Verwendung: Sozialistische Gesellschaft und sozialistische Nation in der DDR, o.J., JA, IZJ, A 11.625, S. 1-10.

¹²⁴ Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ), Leipzig 1988, „Politisch-historische Einstellungen der Jugendlichen 1988“, JA IZJ, b 5.857, Blatt 3, Blatt 52ff.

rade auch was den Prozess der Faschisierung junger Proletarier anging, in irgendeiner Weise sinnvoll entgegen zu treten. Es erweist sich hier, dass der Grad der Aufklärung über die polykausalen Ursachen des deutschen Faschismus und seine Auswirkungen auf postfaschistische Gesellschaften, unabdingbar gebunden ist an den Grad der gesellschaftlichen Freiheit und „daß die Ursache des Rückfalls von Aufklärung in Mythologie nicht so sehr bei den eigens zum Zweck des Rückfalls ersonnenen nationalistischen ... Mythologien zu suchen ist, sondern bei der in Furcht vor der Wahrheit erstarrenden Aufklärung selbst.“¹²⁵ Die Propaganda für die Liebe für „Heimat und Vaterland“, wurde ergänzt durch die Aufforderung der Abwehr „imperialistischer und neofaschistischer Einflüsse aus dem Ausland“, denen die SED ihre „realsozialistische Sicherheit und Geborgenheit“ gegenüber stellte.¹²⁶ Das dem im Jahr 1989 der Ruf „Wir sind das Volk“ entgegen schlug zeigt, dass ein nationalistischer Kontext, gerade weil er so intensiv und über einen so langen Zeitraum betrieben werden konnte, am Ende zu einem *circulus vitiosus* gerät.

Die nationalistische Entwicklung war eingebettet in das vom „Marxismus-Leninismus“ vorgegebene manichäische Weltbild, im Grunde genommen eine Freund-Feind-Struktur, bei dem der Teil der Welt, der sich unter der Führung der KPdSU befand, zu den „Guten“ gehörte und die anderen, die Feinde, die sich unter der Führung der imperialistischen USA befanden, waren die absolut „Bösen“.¹²⁷ Die Theorie von Marx und Engels hingegen ist, ihrer ganzen Substanz nach, international. Der Nationalismus ist nur in einer Stufe des historischen Prozesses progressiv, einer Stufe, die von der fortgeschrittenen westlichen Welt bereits überschritten worden war. Dem Sowjetmarxismus ist es „niemals gelungen den Widerspruch zwischen seinem eigenen Nationalismus und dem Marxschen Internationalismus zu versöhnen - weder in seiner Strategie noch in seiner Ideologie, wie die mühsamen Unterscheidungen zwischen 'bourgeoisem Kosmopolitismus' und echtem Internationalismus, zwischen Chauvinismus und 'Sowjetpatriotismus' zeigen.“¹²⁸

„Das hat es bei uns nicht gegeben“

Die Wirkungen der, auf Forschungsergebnissen zeithistorischer Arbeiten basierenden, von der Amadeus-Antonio-Stiftung organisierten, Wanderausstellung zur Aufklärung über den Antisemitismus in der DDR: „Das hat es bei uns nicht gegeben“, sind durchsetzt von Hysterie und Angst, und bestätigen auf ihre Weise die Notwendigkeit einer öffentlichen Debatte über die

¹²⁵ Horkheimer/Adorno, S. 3.

¹²⁶ Monatliche persönliche Information, FDJ Bezirks-Leitung Erfurt vom 07.11.1977, JA, IZJ, A 9.301, S. 3f.

¹²⁷ Vgl. Haury, o.J.

¹²⁸ Marcuse, 1969, S. 154f.

Ursachen und den Verlauf anti-semitischer und neo-faschistischer Einstellungen und Gewalttaten in der DDR. Jetzt steht die wissenschaftliche und politische Qualität der anti-faschistischen Aufklärung der SED in der medialen Öffentlichkeit zur Diskussion.

Bereits 1992/93 diskutierten, in der Monatszeitschrift *Konkret*, mehrere ehemalige Wissenschaftler der SED, über Anti-Faschismus und Anti-Semitismus in der DDR. Einer von ihnen, O. Groehler, hat in zwei längeren Artikeln seine Kritik am Anti-Faschismus der SED vorgebracht und die Anderen, unter ihnen der ehemalige Professor für Geschichtswissenschaft an der Humboldt-Universität Berlin, K. Pätzold, verteidigten den Anti-Faschismus der DDR.¹²⁹ Heute wird dieser Streit vorwiegend im *Neuen Deutschland*, in die *junge Welt*, im *Freitag* oder in den *Mitteilungen der Kommunistischen Plattform* ausgetragen (z. B. von den Autoren Richter, Heuer, Dahn oder Brombacher).¹³⁰ Die von ihnen geführte Debatte spitzen sie immer wieder auf den Vorwurf zu, die Aufklärung über den Anti-Semitismus der SED hätte die Funktion, den „antifaschistischen Nimbus der DDR“ zu zerstören. Lediglich aus ideologischen Absichten heraus, würde der Anti-Zionismus in „verkappten Antisemitismus umgefälscht“ werden, um den anti-faschistischen Charakter der SED zu verfälschen und damit die DDR insgesamt zu delegitimieren. Diesen Positionen stellen sie die Vielfalt der anti-faschistischen Bemühungen in Filmen, in der Literatur und im Schulunterricht entgegen. Doch diese Verteidigungsbemühungen sind absurd: Gibt es doch niemand Ernstzunehmenden der behaupten würde, es hätte in der DDR keine anti-faschistische Aufklärung gegeben.

Pätzold bezeichnete in schändlicher Weise, die historisch-kritische Aufklärungsarbeit über den Verlauf und die Ursachen des Anti-Semitismus in der DDR nicht nur als Lüge (9. Gebot) sondern, in einer grobschlächtigen Assoziation, stellte er die Ausstellungsmacher mit dem Nazi-Lügenbaron J. Goebbels auf eine Stufe.¹³¹ Dass Redaktionen einem solchen reaktionären Unsinn, eine publizistische Plattform ermöglichen, ist verantwortungslos. Dazu kommt eine autoritäre Ausrichtung dieser Diskussion, die den kritisierten Wissenschaftlern keine Möglichkeit gibt zur Darstellung ihrer Thesen. Es ist jedoch notwendig und richtig zu gleich, die gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse der DDR, die unter der Macht ausübenden SED existierten, einer ernsthaften, auf wissenschaftlicher Grundlage entwickelten Kritik zu unterziehen, gerade was die Thematik Anti-Semitismus, Rassismus und Neo-Faschismus angeht, Auch wenn die historischen Forschungs-Ergebnisse den orthodoxen Verteidigern der untergegangenen DDR nicht gefällt, so muss doch darauf gepocht werden, dass für eine ernsthafte Diskussion, historischen Tatsachen anerkannt werden müssen. Dieser

¹²⁹ u.a. waren daran Groehler und Pätzold beteiligt.

¹³⁰ Brombacher, Dahn, Heuer, Richter.

¹³¹ Pätzold, April 2007.

Mangel zeigt sich auch darin, dass auf die Vielzahl der Beispiele für Neo-Faschismus, Anti-Semitismus und Rassismus in bornierter Weise entweder nicht eingegangen wird oder das immer wieder auf den Anti-Semitismus und Neo-Faschismus in der BRD verwiesen wird. Hier wird die Auseinandersetzung auf eine Ebene gezwungen, wo die vergangenen Schlachten des Kalten Krieges ohne Sinn verlängert werden, wo die DDR noch immer gepriesen wird als „Heiliger Gral“ der deutschen Arbeiterbewegung. Anstatt wir darüber diskutieren, was am Staatssozialismus kritisiert werden muss, werden ostdeutsche Gegenden á la Potemkin aufgebaut, die aus dem Wunschdenken wachsen, wenigsten beim Anti-Faschismus sei alles perfekt gewesen. Dass in dieser öffentlichen Debatte noch gar nicht alle geschichtswissenschaftlichen Tatsachen zur Kenntnis genommen worden sind, zeigt mit welcher hartnäckigen Borniertheit hier operiert wird, weil man sich vor einem Geschichtsbild fürchtet, dass sich von dem bisher in West- bzw. Ost-Deutschland geformten Beschreibungen wesentlich abhebt. In dem bereits weiter oben zitierten Band von M. Scharrer wird zur Frage der Legitimation durch Geschichtsschreibung klar und deutlich formuliert, um was es zu gehen hat und was dabei zu bedenken ist: „Es gibt die Auffassung, deren Vertreter glauben, Geschichtsschreibung müsse ihre Parteilichkeit aus den Legitimationsbedürfnissen und politischen Absichten einer Partei oder anderer Interessenverbände ableiten. Diese Parteilichkeit führt oder verführt dann in aller Regel zu mehr oder weniger eklatanten Geschichtsklitterungen.“¹³²

Erstaunlicherweise verdrängen nicht nur die Verteidiger der Orthodoxie diese Seite der DDR, sondern auch die etablierte Zeitgeschichtsforschung. Dennoch muss an dieser Stelle, mit aller Nüchternheit die der Bedeutung dieser Thematik zu kommt, gesagt werden, dass die Lehr- und Geschichtsbücher über die DDR in der Weise verändert werden müssen, dass die Darstellung der Existenz von Neo-Faschisten, Rassisten und Anti-Semiten dort ihren Platz findet. In ähnlicher Weise trifft dieser Vorwurf auch auf die historische Forschung über die Opposition in der DDR zu, der es bisher nicht gelungen ist, den neo-faschistischen Teil der Opposition zu berücksichtigen. Bei der Betrachtung der Geschichte der DDR kann, nach dem was wir jetzt wissen, nicht mehr davon ausgegangen werden, dass Chauvinismus, Rassismus und Anti-Semitismus „bewältigt“ worden wären. Der Nestor der westdeutschen DDR-Historiographie, Hermann Weber, hat in seiner neuen Einleitung (1999) zum Standardwerk „Geschichte der DDR“ ex-kathedra die DDR von diesen Anfechtungen frei gesprochen.¹³³ Ebenfalls unterliegt Angelika Timm in ihrer Studie dem Zwang die ost-deutsche Bevölkerung von anti-semitischen Gefühlen frei zu sprechen.¹³⁴ Diese Positionen werden nicht bestehen blei-

¹³² Vgl. Scharrer, S. 12.

¹³³ Weber 2004, S. 14.

¹³⁴ Timm, S. 220.

ben können und es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis das akademische Establishment der Geschichtswissenschaft, die Authentizität der hier belegten Tatsachen anerkennen wird.

Schluss oder „Wie geht es weiter?“

Für Marcuse war der Staatssozialismus „in seiner gesellschaftlichen Tendenz anti-revolutionär. Die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ist an den Staat übergegangen, der sie unter Verwendung von Lohnarbeit ausübt. Der Staat hat also die Funktion des ‚Gesamtkapitalisten‘ übernommen. Die unmittelbaren Produzenten sind so wenig Herr der Produktion (und damit ihres Schicksals) als unter dem System des liberal-demokratischen Kapitalismus ... die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, ihre Verwaltung durch die ‚unmittelbaren Produzenten‘ bleibt die Vorbedingung des Sozialismus. Sie ist sein erstes Kennzeichen. Wo es fehlt, da ist keine sozialistische Gesellschaft ... Dazu gehört zunächst die Abschaffung der Lohnarbeit. Die bürokratisch-staatliche Verwaltung der Produktionsmittel schafft die Lohnarbeit nicht ab. Das ist erst der Fall, wenn die Produzenten selbst unmittelbar die Produktion verwalten, d. h. selbst bestimmen, was wieviel, und wie lange produziert wird“.¹³⁵ Die staatssozialistische Variante mit ihrer ökonomischen Ausbeutung, politischen Unterdrückung und Bespitzelung, mit ihren Berufsverboten und die von nationalistischen und militaristischen Vorstellungen durchdrungene Öffentlichkeit, war für die Mehrheit der Proletarier in West-Deutschland kein erstrebenswertes Beispiel für eine sozialistische bzw. kommunistische Alternative. Diese, von der SED zu verantwortenden, gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse waren damit ein wichtiges Hindernis für die Konstituierung einer, auf Emanzipation und Autonomie setzende, proletarische Formation der Linken. Mit dem Untergang der DDR haben sich deshalb die Bedingungen nachgerade verbessert und insofern war das „Experiment DDR“ historisch gesehen, eine notwendige Erfahrung. Kritisch auf die Geschichte der deutschen Kommunisten blickend, lassen sich hier ihre Irrtümer und Fehlentwicklungen, quasi mikroskopisch genau erkennen. Allein mit Verboten oder umfassender Repression wird es nicht gelingen die Faschisten in Deutschland zu stoppen, dass beweisen auch die Vorgänge in der DDR eindeutig. „Nur wenn wir – wie schmerzlich auch immer – die geschichtlichen Traumatisierungen verarbeiten, mit denen wir die Beziehungen zwischen Intelligenz und Proletarier belasten, haben wir die Chance und das Recht zu einem glaubwürdigen Neuanfang.“¹³⁶ Dazu wird es nötig sein, eine demokratische, sozialistische und anti-faschistische Offensive zu starten, die den Faschisten das Wasser abgräbt, mit der die Bereiche ins Visier genommen werden, die bisher von Demokratie unbeleckt sind. Bereiche in denen von oben

¹³⁵ Marcuse, 1998, S. 129-143.

¹³⁶ Roth, 2007, S. 2f.

herunter diktiert wird was geht und was nicht geht. Eine solche demokratische Offensive in den Verwaltungen und in den Produktionsbereichen würde einen Sog entstehen lassen, in dem autoritäre, rassistische und anti-semitische Vorstellungen und Verhaltensweisen erfolgreich bekämpft werden können. R. Luxemburg hat in ihrer, erst 1922 veröffentlichten Schrift: „Zur russischen Revolution“, beschrieben zu welchen Fehlentwicklungen das Partei- und Revolutionskonzept Lenins und der Bolschewisten führen wird und welche Essentials für einen basisdemokratisch verfassten Sozialismus unabdingbar sind: „Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder einer Partei – und mögen sie noch so zahlreich sein- ist keine Freiheit. Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden ... Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgebeten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde als eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft ... Das ist ein übermächtiges, objektives Gesetz, dem sich keine Partei zu entziehen vermag.“¹³⁷ Seit dem Ende des Kalten Krieges vollzog sich in der Kommunismusforschung ein neuer Aufbruch und auf beiden Seiten des geschleiften Eisernen Vorhangs haben die alten Legitimationszwänge und Frontstellungen an Überzeugungskraft verloren. Nun ist es möglich, mit professioneller Unbefangenheit neu an das Thema heranzugehen, ohne dafür gleich politisch abgestraft und wissenschaftlich marginalisiert zu werden. Die neuen Fragestellungen werden auf entscheidende Probleme einer kritischen Historie des 20. Jahrhunderts konzentriert, um die sozialen, ökonomischen und kulturellen Prozesse des vergangenen 20. Jahrhunderts zu rekonstruieren, auch um die Entwicklungstendenzen der Gegenwart besser begreifen zu können.¹³⁸ Jetzt kann diese Kritik der gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse der DDR auch als Voraussetzung dafür angesehen werden, in Deutschland einen Anti-Faschismus zu organisieren, der gleichzeitig die Autonomie und die Emanzipation des Proletariats zum Ziel hat. Nach der Überwindung der bisherigen anti-kommunistischen wie

¹³⁷ Luxemburg, S. 359-362.

¹³⁸ Vgl. Stiftung Sozialgeschichte. Wir über uns: www.stiftung-sozialgeschichte.de

anti-imperialistischen Normierungen ist der Weg zu neuen Erkenntnissen offen, und entsprechend überraschend sind manche der seither erhobenen Befunde.¹³⁹

Seit 1990 sind in Deutschland, nach offiziellen Zahlen des BMdI bzw. des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfA) über 100.000 neo-faschistische, anti-semitische oder rassistische Straftaten registriert worden.¹⁴⁰ Über hundert Tote und tausende Verletzte sind zu beklagen.¹⁴¹ Ost-Deutsche aus den fünf neuen Bundesländern sind daran überproportional beteiligt und eine Parallelität dieses Geschehens betrifft das Verhältnis der Statistik neo-faschistische Straftaten in den westlichen und östlichen Bezirken Berlins. In den ost-deutschen Bundesländern gibt es demzufolge eine mehrfach höhere Zahl neo-faschistischer bzw. rassistischer Erscheinungen und diese Differenz zwischen Ost und West bedarf rationaler Erklärungen. Vergleicht man die offiziellen Zahlen des BMdI von 1986 bis 2006, so stellt man fest, dass die Zahlen für neo-faschistische Ereignisse in West-Deutschland von der zweiten Hälfte der 1980er Jahre bis zur Vereinigung mit der DDR, im 5-stelligen Bereich liegen und im Jahr 1990 werden etwa 1.850 Straftaten ausgewiesen. Bereits im ersten gemeinsamen Erhebungsjahr 1991, verdoppeln sich die neo-faschistischen Vorfälle auf über 3.800. Im Jahr 1997 stieg die offiziell registrierte Zahl der Straftaten auf über 11.700 und in den Jahren 2000 und 2005 wurden jeweils ca. 16.000 Vorfälle gezählt. Im 2006 wurde dieser Höchstwert übertroffen und er befindet sich nun bei ca. 18.000 neo-faschistischen Straftaten. Die Vereinigung der ost- und westdeutschen Faschisten zu einer gesellschaftspolitischen Kraft, führte zu einem qualitativ und quantitativ gesteigerten Neo-Faschismus und Rassismus in Deutschland, dessen dynamische Entwicklung außerordentlich ist und in West- und Ost-Europa eine Spitzenstellung einnimmt.¹⁴² Es ist deshalb von höchster Dringlichkeit, dass diese Dynamik in Deutschland gestoppt wird. Zu oft gerinnt diese Destruktivität in abstrakte Zahlenhäufchen und selbst bei aufmerksamen Beobachtern, droht der Überblick über diese Entwicklung verloren zu gehen. Auf dem Hintergrund der anhaltenden ökonomischen und sozialen Krise, mutiert die rassistische und anti-semitische Eskalation in eine gefährliche Dimension. An den hilflosen Reaktionen der Apologeten des numerisch fixierten Anti-Faschismus zeigt sich dramatisch, wie die jahrzehntelang gepflegten und verteidigten Defizite der wissenschaftlichen und politischen Aufarbeitung des alten Faschismus, im Westen wie im Osten, umschlagen in eine negative Qualität der Auseinandersetzung und Abwehr autoritärer und rassistischer Angriffe. Die staatstragenden Parteien und die ihnen nahe stehenden gesellschaftlich mächtigen Grup-

¹³⁹ Roth/Ebbinghaus, S. 4f.

¹⁴⁰ Statistische Angaben seit 1990. Diese Erhebung, die ich selbst angefertigt habe, ist das Ergebnis einer Addition der offiziellen Zahlen, die in jährlichen Berichten des BMdI veröffentlicht werden.

¹⁴¹ Vgl. Wanderausstellung - Opfer rechter Gewalt seit 1990 in Deutschland.

¹⁴² Vgl. Angaben der Agentur der EU für Grundrechte. <http://fra.europa.eu>.

pen drehen sich mit ihren politischen Argumenten und Aktivitäten besten falls im Kreis, wenn sie nicht der neo-faschistischen Entwicklung, bewusst oder unbewußt, noch Vorschub leisten und die rassistischen und nationalistischen Verhältnisse drohen zur bitteren Normalität zu werden. Der weitgehend „ungestörte“ Abbau sozialer Rechte und Leistungen und die damit einher gehende systematische Verschärfung staatlicher Überwachung und Repression sind Beleg dafür.¹⁴³ Das Sündenbock Schema basiert im Kern auf der Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen und festigt und legitimiert und formt den gewöhnlichen Alltags-Rassismus. Jede Form von Denunziation von Arbeitslosen, Armen oder Obdachlosen als zu faul, als nicht leistungsbereit oder die Denunziation von Transferempfängern als Betrüger oder Schmarotzer, schafft ein Klima der Ungleichwertigkeit, das den Nährboden für neo-faschistische Einstellungen ergibt. Solche Stigmatisierungen schaffen eine „Hackordnung“, an deren unterstem Ende sich Migranten wieder finden. Nationalistische und rassistische Einstellungen in weiten Teilen der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft, erweisen sich in demoskopischen Umfragen als stabil und sie sind in allen gesellschaftlichen Gruppen und in allen Bundesländern gleichermaßen hoch.¹⁴⁴ Es ist hier deutlich zu erkennen, dass diese Problematik, genauso wenig wie es in der Weimarer Republik, wie es in der DDR oder in der BRD der Fall war, allein durch Polizei oder Geheimdienst nicht zu lösen ist.

Die Ideologie der Ungleichheit, wie sie von der NPD oder auch von der DVU seit den 1970er Jahren propagiert worden ist, hat sich, mit Hilfe der herrschenden Politik, in der Mitte der deutschen Gesellschaft verbreitet. Weil die Bemühungen der Anti-Faschisten und die staatliche Repression, nicht nur in kleinen Gemeinden oder im ländlichen Raum, nicht in der Lage sind, die rassistische Dynamik zu stoppen, reicht es eben nicht, den Kampf gegen die neuen Faschisten nur verstärken zu wollen, er muss auf eine neue Ebene gehoben werden. Der von den herrschenden Politikern verbreitete Rassismus und Nationalismus ist bereits zu einem Massenrassismus und –nationalismus geworden. Von diesem breiten rassistischen Konsens in großen Teilen der deutschen Bevölkerung geht, für die männlichen Jugendlichen und Jung-Erwachsenen, die als Gewalttäter sichtbare Exponenten des Neo-Faschismus sind, ein starker Rückhalt aus. Teile in ost- und west-deutschen Orten werden als „no-go-areas“ mehr schlecht als recht beschrieben, aber sie weisen daraufhin, dass der Kampf der Faschisten offen auf der Straße ausgetragen wird, und dass Konspiration für sie nur ein Mittel zum Zweck ist. Dennoch wird ihr neuer Faschismus dem alten Faschismus äußerlich nicht gleichen, es wird ein autoritärer Staat sein, in dem jede Form oppositionellen Verhaltens im Keim erstickt werden

¹⁴³ Vgl. Galow-Bergemann, S. 20-21.

¹⁴⁴ Vgl. Volkssolidarität; Vgl. Edinger/Hallermann/Schmitt; Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin (Hrsgg.).

wird. Den Herrschenden wird es darum gehen, die Demokratie als formales Ereignis zu präsentieren, gegen das effektiv keine emanzipatorische Veränderung mehr möglich sein soll. Es zeigt sich hier, dass auch die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung dieser faschistischen Gefahren an defizitäre Voraussetzungen der Analyse der objektiven und subjektiven Ursachen des historischen Faschismus gebunden sind. Hier und jetzt rächt sich auf grausame Art und Weise die verfehlte Ent-Nazifizierung, die in Wahrheit eine Re-Nazifizierung zum Inhalt hatte. Der große Frieden, der in beiden deutschen Staaten mit Rassisten und Anti-Semiten geschlossen wurde, war ein fauler Friede und die bitteren Früchte dieser weiteren historischen Niederlage gehen in der Gegenwart auf. Für beide deutsche Staaten und Gesellschaften zeigt die Entwicklung des Neo-Faschismus deutlich, dass bei der Verarbeitung der massenpsychologischen Ursachen und Folgewirkungen des deutschen Faschismus Erkenntnisdefizite konstatiert werden müssen. Für einen Neuanfang im Kampf gegen die Faschisten braucht es eine theoretische Konzeption für einen emanzipatorischen Anti-Faschismus, mit der der Kampf gegen den Neo-Faschismus verknüpft wird, mit der Durchsetzung konkreter sozialistischer und demokratischer Inhalte und Formen. Für Anti-Faschisten geht es nicht nur um egoistischen Selbstschutz, zur Aufrechterhaltung der individuellen Rechte und dem Schutz ihrer Organisationen, sondern der Kampf ist deshalb unausweichlich, weil Faschisten, wenn sie einmal an der Macht sind, das kapitalistische Ausbeutungsregime radikalisieren. Die Faschisten werden auch deshalb bekämpft, nicht nur weil sie sich mit ihrem Hass auf Migranten, Juden, Homosexuelle oder Obdachlose als anti-humanistisch und rassistisch erweisen, sondern weil sie weltweit, nach Innen wie nach Außen, für Gewalt und Krieg stehen. Anti-Faschisten kämpfen für die Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte, nicht nur weil sie Humanisten und Demokraten sind, sondern weil sie gegen alle rassistischen und autoritären Verhältnisse kämpfen – ob beim Staat, bei Islamisten oder auch bei Linken.¹⁴⁵ Für Herbert Marcuse, den revolutionären Philosophen der Emanzipation, war es völlig klar, dass es im Kampf gegen den Neo-Faschismus darum gehen muss, die bestehende bürgerliche Demokratie als kleineres Übel, für eine Chance des Übergangs zum Sozialismus, zu verteidigen, während zugleich die kapitalistischen Fundamente angegriffen werden.¹⁴⁶ Um aus der Misere heraus treten zu können, muss der anti-faschistische Kampf erstens zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung erweitert werden, in der die einzelnen Teile der faschistischen Ideologie kritisiert und letztlich aufgehoben werden. Die Abgrenzung von den neuen Faschisten muss inhaltlich bestimmt sein und darf nicht länger reduziert werden allein auf direkte Konfrontationen durch staatliche o-

¹⁴⁵ Vgl. Bozic.

¹⁴⁶ Vgl. Marcuse 1999 (2), S. 163f.

der gesellschaftliche Kräfte. Die mittlerweile ritualisierte Bekämpfung der Neo-Faschisten mit Spezialprogrammen ist, berücksichtigt man die hohen demoskopischen Werte für Nationalismus und Rassismus, gescheitert. Zweitens braucht es, um den anti-faschistischen Kampf siegreich führen zu können, einen Zusammenschluß hinter einer gemeinsamen Front der Anti-Faschisten. Sie kann, nach den augenfälligen historischen Erfahrungen, nur eine horizontale und dezentrale Organisation sein. Wir verfügen heute über eine Menge an Informationen, die alle mehr oder weniger emanzipatorische Kampfgedanken beinhalten, und die uns allen durch das Internet zugänglich sind. Subjekt des anti-faschistischen Kampfes kann weder eine einzige soziale Schicht des Proletariats, noch kann es eine geschlossene, weil zentralisierte Organisation sein. Der Begriff der vertikalen Organisation ist vom Netzwerk-Begriff ersetzt worden. Die hierarchisch organisierte Partei war ein Mittel zur Kommunikation, und sie benötigte eine Meta-Sprache, d. h. eine Ideologie. Heute brauchen wir weder eine Ideologie noch eine Partei und schon gar keine Theoretiker oder Führer. Das Thema ist Selbstausbildung, zu der, dass möchte ich den Thesen von Bologna hinzufügen, Selbstbestimmung und Selbstkritik gehören.¹⁴⁷

¹⁴⁷ Vgl. Bologna, S. 58; Scharrer, S. 13.

Literaturverzeichnis:

- Wolfgang Abendroth: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, 9. Auflage 1973, Frankfurt am Main.
- Wolfgang Abendroth: Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis 1933. Heilbronn, Dritte, durchgesehene Auflage 1997.
- Etienne Balibar/Immanuel Wallerstein: Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg Berlin, 1992.
- Laura Benedict: Ein düsteres Kapitel, Alt-Nazis in der DDR, 6-teilige Artikelserie in: *die andere* ab dem 2. Februar 1992.
- Laura Benedict: „Bald heißt es Revolution“, in: *Konkret* 08/00, S. 16.
- Sergio Bologna: Die Rolle der Theorie in der politischen Aktion, in: *jour fixe initiative berlin* (Hg.): *Klassen und Kämpfe*, Berlin, Mai 2006.
- Ivo Bozic: Knapp vorbei ist auch daneben, in: *jungle World* Nr. 35 v. 30.08.08.
- Ellen Brombacher: Sie schaute mich an, als sei ich von Sinnen ..., in: *Mitteilungen der Kommunistischen Plattform*, Juli 2007.
- John Bunzl: Antisemitismus in Russland und der Sowjetunion, in: *Osteuropa-Info* Nr. 55 (1. Quartal 1984, hrsgg. vom Sozialistischen Osteuropakomitee, Hamburg 1984, S. 7-23.
- Jochen Cerný (Hg.): *Wer war wer - DDR. Ein biographisches Lexikon*, 1. Auflage, Berlin 1992.
- Detlef Claussen: Versuch über den Antizionismus - Ein Rückblick -, in: Leon Poliakov: *Vom Antizionismus zum Antisemitismus*, Freiburg 1992.
- Daniela Dahn: Tragödien sind nicht zu Ende, wenn der Vorhang fällt. Wie antisemitisch war die DDR? Die aufklärerische Substanz war offensichtlich wirksamer als alle westdeutschen Versuche, in: *Freitag* 29, 20. Juli 2007.
- Jürgen Danyel: Opfer, Kämpfer und rote Winkel – die Ambivalenzen des Nachkriegsantifaschismus, in: *Das Parlament*, mit der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Deutscher Bundestag und Bundeszentrale für politische Bildung, 2007.
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin (Hrsgg.), Oliver Decker und Elmar Brähler unter Mitarbeit von Norman Geißler: *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*, Berlin, 2006.
- Michael Edinger/Andreas Hallermann/Karl Schmitt: *Politische Kultur im Freistaat Thüringen – Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2006*.
- Bernd Eisenfeld: Rechtsextremismus in der DDR – Ursachen und Folgen, in: Manfred Agethen/Eckhard Jesse/Ehrhart Neubert: *Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken*, Freiburg 2002.
- Peter Fischer: *Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1939*, Wiesbaden, 1991.
- Lothar Galow-Bergemann: Knobelbecher und Sandalen, in: *Konkret* Heft 9 / September 2007, S. 20-21.
- Olaf Groehler: „Aber sie haben nicht gekämpft!“, in: *Konkret* 05/92, Hamburg 1992.
- Olaf Groehler: „Juden erkennen wir nicht an“, in: *Konkret* 03/93, Hamburg 1993.
- Olaf Groehler: SED, VVN und Juden in der SBZ, in: Wolfgang Benz (Hg.) *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 3 (1994).
- Olaf Groehler: Antifaschismus und jüdische Problematik in der SBZ und der frühen DDR, in: *hefte zur ddr-geschichte* 26, Berlin 1995.
- Reinhardt Gutsche: Nur ein Erfüllungsgehilfe? Die SED-Führung und die militärische Option zur Niederschlagung der Opposition in Polen in den Jahren 1980/81. In: Klaus Schroeder (Hg.): *Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen*. Berlin 1994.

- Benno Hafenegger/Michael Buddrus: Militärische Erziehung in Ost und West. Ein Lesebuch zur Kriegsbegeisterung junger Männer. Band 4: Nachkriegszeit und fünfziger Jahre, Frankfurt/M. 1994.
- Hans Henning Hahn/Wolfgang Jacobmeyer/Adam Krzeminski/Mieczyslaw Tomala/Hubert Orłowski u.a.: Polen und Deutschland. Nachbarn in Europa, Zweite aktualisierte Auflage, Hannover 1996.
- Ingo Hasselbach/Winfried Bonengel: Die Abrechnung. Ein Neonazi steigt aus. Berlin und Weimar, 2. Auflage 1993.
- Thomas Haury: Deutscher Imperialismus, in: Jungle World 47, Berlin 18. November 1998.
- Thomas Haury: Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus, Berlin 2001, in: trend online zeitung 01/01 Berlin 2001. www.trend.partisan.net.
- Thomas Haury: „Zionistenverfolgung“ durch die SED?, in: www.buergerkomitee.org/hug/h44-dateien/haury.html, o.J.
- Andreas Herbst/Winfried Ranke/Jürgen Winkler (Hg.): So funktionierte die DDR, 3 Bde., Reinbek bei Hamburg, 1994.
- Jens-Uwe Heuer: Strukturelle Einseitigkeit. Antisemitismus der Linken? Eine Antwort, in: *junge Welt* vom 4. Juli 2007.
- Werner Hofmann: Was ist Stalinismus? Heilbronn 1984.
- Max Horkheimer/Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt/Main, 1969.
- Carlos Figueroa Ibarra: Faschismus, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, hgg. Von W. F. Haug, Berlin-Hamburg, Band 4, S. 155 – 158.
- ID-Archiv im ISSG (HG.): Drahtzieher im braunen Netz. Der Wiederaufbau der NSDAP, Berlin, 1992.
- Mario Keßler: Zwischen Repression und Toleranz. Die SED-Politik und die Juden (1949 bis 1967), in: hefte zur ddr-geschichte 26, Berlin 1995.
- Arno Klönne: Rechts-Nachfolge. Risiken des deutschen Wesens nach 1945, Köln, 1990.
- Marianne Krüger-Pongratz: Anderssein gab es nicht. Ausländer und Minderheiten in der DDR, Münster/New York, 1991.
- Henry Leide: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR. Analysen und Dokumente, Band 28, Göttingen 2006.
- Wolfgang Leonhard: Die Revolution entlässt ihre Kinder, Köln 1990.
- Thomas Leusink: Vom Kampf gegen den „Kosmopolitismus zum Kampf gegen den „Aggressorstaat“, in: www.trend.inforpartisan.net, trend onlinezeitung 02/04.
- Rosa Luxemburg: GW, Band 4, Berlin 1983.
- Norbert Madloch: Rechtsextremismus in Deutschland nach dem Ende des Hitlerfaschismus, in: Klaus Kinner und Rolf Richter (hgg.): Rechtsextremismus und Antifaschismus. Historische und aktuelle Dimensionen, Berlin, 2000, S. 57-214.
- Herbert Marcuse: Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus. Heinz Maus und Friedrich Fürstenberg (Hrsg.), Neuwied und Berlin, 1969.
- Herbert Marcuse: Feindanalysen. Über die Deutschen, herausgegeben von Peter-Erwin Jansen und mit einer Einleitung von Detlev Claussen, Lüneburg 1998.
- Herbert Marcuse: Antidemokratische Volksbewegungen, in: Nachgelassene Schriften. Das Schicksal der bürgerlichen Demokratie, herausgegeben von Peter-Erwin Jansen, Lüneburg, 1999 (1).
- Herbert Marcuse: Das historische Schicksal der bürgerlichen Demokratie, in: Nachgelassene Schriften. Das Schicksal der bürgerlichen Demokratie, Lüneburg 1999 (2).
- Roy Medwedew: Über Antisemitismus in der Stalin-Ära, in: Osteuropa-Info Nr. 55 (1. Quartal 1984), hrsgg. vom Sozialistischen Osteuropa-Komitee, Hamburg 1984, S. 33-39.

- Lothar Mertens: Juden in der DDR, in: Siegfried Theodor Arndt/Helmut Eschwege/Peter Honigmann/Lothar Mertens: Juden in der DDR, Geschichte - Probleme - Perspektiven, Duisburg 1988.
- Lothar Mertens: Staatlich propagierter Antizionismus: Das Israelbild der DDR, in: Wolfgang Benz (Hg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2 (1993).
- Lothar Mertens: Offizieller Antifaschismus und verborgener Antisemitismus in der DDR, in: Manfred Agethen/Eckhard Jesse/Erhart Neubert (Hrsg.): Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg, 2002.
- Reinhard Opitz: Faschismus und Neofaschismus, Bonn 1996.
- Wilfriede Otto: Die „Waldheimer Prozesse“ 1950, Historische, politische und juristische Aspekte im Spannungsfeld zwischen Antifaschismus und Stalinismus, Forscher- und Diskussionskreis DDR-Geschichte, Hefte zur ddr-geschichte 12, Berlin 1993.
- Kurt Pätzold: Antifaschismus und NS-Geschichte, in: Konkret 11/92, Hamburg 1992.
- Kurt Pätzold: Du sollst nicht falsch Zeugnis geben, in: *Neues Deutschland*, 7. April 2007.
- Kurt Pätzold: Diktat des Vergessens. Wie antisemitisch war die DDR. Es sollte nicht um Erinnerungen, nicht um Erinnerungsmythen gehen, in: *Freitag* 25, 22. Juni 2007.
- Patrice G. Poutrus: Die DDR, ein anderer deutscher Weg? Zum Umgang mit Ausländern im SED-Staat, in: Rosmarie-Beier-de Haan (Hg.): Zuwanderungsland Deutschland. Migrationen 1500-2005, Berlin/Wolfratshausen, Deutsches Historisches Museum/Edition Minerva 2005, S. 120-133.
- raf: texte der raf, Überarbeitete und aktualisierte Ausgabe 1983.
- Wilhelm Reich: Massenpsychologie des Faschismus, Frankfurt, März 1977.
- Karl Heinz Roth/Angelika Ebbinghaus (Hrsg.): Rote Kapellen - Kreisauer Kreise - Schwarze Kapellen, Neue Sichtweisen auf den Widerstand gegen die NS-Diktatur 1938-1945, Hamburg 2004.
- Karl Heinz Roth: Die Intelligenz und die „soziale Frage“ – Aus heutiger Sicht, in: *grundrisse*, zeitschrift für linke theorie & debatte, 2007. www.grundrisse.net.
- Rolf Richter: Antisemitismus in der DDR – Eine Ausstellung und ihre Zwecke, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform, Juni 2007.
- Ruth-Kristin Rößler (Hg.): Entnazifizierungspolitik der KPD/SED 1945-1948, Dokumente und Materialien, Goldbach 1994.
- Bernd Siegler: Auferstanden aus Ruinen ... Rechtsextremismus in der DDR, Berlin, 1991.
- Walter Süß: Zur Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Abteilung Bildung und Forschung, Reihe B, Analysen und Berichte, Berlin, Nr. 1/93.
- Friedemann Schmidt: Zum Widerstand der deutschen Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus 1933-1945, in: www.trend.infopartisan.net/inhalt.html, 10/00.
- Monika Schmidt: Schändungen jüdischer Friedhöfe in der DDR. Eine Dokumentation. Reihe Positionen Perspektiven Diagnosen, hrsgg. Vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, Berlin 2007.
- Giselher Spitzer: Wo die Macht keine Macht hatte, in: *Der Tagesspiegel* v. 10.04.05.
- Dietrich Staritz: Sozialismus in einem halben Land. Zur Programmatik und Politik der KPD/SED in der Phase der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung der DDR, Berlin 1976.
- Alfred Streim: Saubere Wehrmacht? Die Verfolgung von Kriegs- und NS-Verbrechern in der Bundesrepublik und in der DDR, in: Hannes Heer/Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg: Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944, Hamburg, 1995.
- Dirk Teschner: Ausländerinnen und Ausländer und die Staatspolitik der DDR, in: telegraph 3/4/98.
- Dirk Teschner: Faschistische Vergangenheit in der DDR, in: telegraph 3/4/98.

- Angelika Timm: Hammer Zirkel Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel. Bonn Bouvier 1997.
- Enzo Traverso: Die Intellektuellen und der Antifaschismus. Für eine kritische Geschichtsschreibung, in: jour-fixe-initiative berlin (Hg.): Theorie des Faschismus – Kritik der Gesellschaft, Münster, Juni 2000.
- Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen, UfJ (Hg.): Ehemalige Nationalsozialisten in Pankows Diensten, Fünfte ergänzte Ausgabe, Berlin 1965.
- VIA e.V.: Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit: Ausländerpolitik in der DDR. Analysen und Studien aus erster Hand, Bonn, 1990.
- Volkssolidarität Bundesverband e.V.: Sozialreport 2006 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern - Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V., Berlin - Dezember 2006.
- Clemens Vollnhals (Hg.) In Zusammenarbeit mit Thomas Schlemmer: Entnazifizierung, Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945 - 1949, München 1991.
- Harry Waibel: Rechtsextremismus in der DDR, Köln 1996.
- Harry Waibel: Kritik des Anti-Semitismus in der DDR, in: [www.stiftung-sozialgeschichte.de / sozial.geschichte.extra / Beiträge](http://www.stiftung-sozialgeschichte.de/sozial.geschichte.extra/Beiträge), 2006.
- Harry Waibel: Rassismus in der DDR, in: ZAG – Antirassistische Zeitschrift, Frühjahr 2007, Nummer 50, S. 36-37.
- Harry Waibel: Kritik des Rassismus in der DDR, in: www.harrywaibel.de, 2007.
- Harry Waibel: Kritik der Kriminalitätsstatistik in der DDR, in www.harrywaibel.de, 2007.
- Hermann Weber: Einleitung, Mannheim, Dezember 1968, in: Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik, 2. Unveränderte Auflage 1976, Frankfurt am Main.
- Hermann Weber: Zur Politik der KPD 1929-1933, in: Manfred Scharrer (Hg.): Kampflöse Kapitulation. Arbeiterbewegung 1933, Hamburg November 1984.
- Hermann Weber: Geschichte der DDR, München, 2004.
- Falco Werkentin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, in: Armin Mitter und Stefan Wolle (Hg.): Forschungen zur DDR-Geschichte, Bd. 1, Berlin 1995.
- Nicolas Werth: Ein Staat gegen sein Volk. Gewalt, Unterdrückung und Terror in der Sowjet-Union, in: Stéphane Courtois et. al. (Hrsg.): Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München 1998, S. 44-295.
- Simon Wiesenthal: Nationalsozialistische Elemente in Presse und Propaganda der DDR, Eine aktuelle Dokumentation, Dokumentationszentrum des Bundes Jüdischer Verfolgter des Naziregimes, September 1968, Wien.
- Wolfgang Wippermann: Feindbild Osten, in: Tabus der bundesdeutschen Geschichte. Herausgegeben von Eckart Spoo unter Mitwirkung von Arno Klönne, Hannover 2006.
- Dietmar Wolf: Antifa-Ausschüsse und ihre Zerschlagung in der SBZ/DDR, in: telegraph 3/4/98.
- Michael Wolffsohn: Die Deutschland Akte, München 1995.